

CRITICAL WHITENESS
CRITICAL WHITENESS
CRITICAL WHITENESS

Critical Whiteness

Debatte um antirassistische Politik
und nicht diskriminierende Sprache

WEDDINGES
S CRITICAL
WEDDING
ITICAL WE

inhalt

A

Decolorise it! Die Rezeption von Critical Whiteness hat eine Richtung eingeschlagen, die die antirassistischen Politiken sabotiert. *Von Jule Karakayali, Vassilis S. Tsianos, Serhat Karakayali und Aida Ibrahim* 5

Farbenblindheit ist auch keine Lösung. Critical Whiteness ist ein sinnvolles Werkzeug zur Rassismuskritik. *Von Artur Dugalski, Carolina Lara und Malik Hamsa* 9

Dimensionen der Differenz. Ein Gespräch über Critical Whiteness und antirassistische Politik zwischen Vassilis Tsianos, Juliane Karakayali, Sharon Dodua Otoo, Joshua Kwesi Aikins und Serhat Karakayali. *Moderation: Jan Ole Arps und Romin Khan* 11

B

Dynamische Sprache gegen Herrschaft und Diskriminierung. Sprachpraxis ist politischer Bewegung nicht nachgeordnet – Interview mit Lann Hornscheidt. *Interview: Ingo Stützle* 19

Nur für Eingeweihte. N-Wort, Sl*ts und Triggerwarnung – die neuen linken Sprachpraktiken vor allem eines: neue Ausschlüsse. *Von Hannah Wettig* 22

Wer hat die Definitionsmacht? Durch die Wahl unserer Worte verändern wir die Realität. *Von Sharon Dodua Otoo* 24

C

Die Schwierigkeiten der Repräsentation. Über die Gefahr der einzigen Geschichte. *Von May Zeidani Yufanyi* 27

Die Grenzen des Antirassismus. Der antirassistische Diskurs ist mit neoliberalen Gleichheitsbildern kompatibel. *Von Adolph Reed Jr.* ... 31

Impressum 4

Das ak-Abonnement 34

editorial

Wenn in Deutschland über Übernahme-perspektiven für Auszubildende, die Überwachung von Fußballfans oder das Warten junger Familien auf einen Kita-Platz berichtet wird, dann sind die Personen, die man sich zu den Geschichten vorstellt, ganz selbstverständlich und ohne, dass es extra gesagt werden müsste: weiß. Anderenfalls wäre von Auszubildenden »mit Migrationshintergrund«, »schwarzen Fußballfans« oder »türkischstämmigen Familien« die Rede. Die Norm ist weiß, und das hat Folgen, etwa wenn es darum geht, wie rassistische Ausschlüsse entstehen. Denn im Prinzip liegt der Ausschluss bereits in der Existenz der weißen Norm begründet: Sie benötigt ein Gegenbild, ein (andersfarbiges) »Anderes«, um sich selbst als Norm zu erschaffen. Indem sie zur universellen Perspektive wird, macht sie schwarze Menschen (oder »People of Color«, PoC) zugleich zur Ausnahme; die weiße Norm »rassifiziert« gewissermaßen alle anderen – und erscheint dabei selbst auf wundersame Weise als nicht-rassifiziert. Dieser Umstand stellt auch das Sprechen über Rassismus vor Schwierigkeiten, denn Rassismus scheint an die Existenz schwarzer Menschen gebunden. Dass Rassismus seinen Ursprung in der gesellschaftlichen Norm des Weißseins hat, kann man dabei leicht übersehen.

So könnte man grob die Grundüberlegungen der Weißseinsforschung oder Critical Whiteness umreißen, die sich seit gut 20 Jahren vor allem in den USA als wissenschaftliche Perspektive etabliert hat. Die unter dem Oberbegriff versammelten Ansätze drehen den Spieß um und rücken das Weißsein in den Mittelpunkt der Betrachtung. Indem sie über die Profiteure von

Rassismus sprechen, statt über die rassistisch Diskriminierten, problematisieren sie die weiße Norm und markieren das Unmarkierte. Sie wenden sich auf diese Weise gegen die Normalisierung von Weißsein, gegen die »Farbenblindheit«, und zwingen diejenigen, die es gewohnt sind, sich selbst als »Leute« zu sehen, zur Auseinandersetzung mit dem Umstand, dass sie »Weiße« sind.

In der antirassistischen und queerpolitischen Linken erfreuen sich Critical-Whiteness-Konzepte seit geraumer Zeit wachsender Beliebtheit. Doch im letzten Jahr ist ein heftiger Streit in der antirassistischen Szene entbrannt, der sich auch in ak niedergeschlagen hat. Was ist geschehen?

Juli 2012. Auf dem No Border Camp in Köln wird diskutiert, ob und wie weiße AktivistInnen zu einem antirassistischen Kampf beitragen können. Einige TeilnehmerInnen fordern unter Berufung auf Konzepte der Critical Whiteness, weiße AktivistInnen sollten sich auf die Auseinandersetzung mit ihrem eigenen Rassismus konzentrieren und ansonsten die Politik der von Rassismus betroffenen »People of Color« unterstützen. Der Konflikt eskaliert, eine politische Verständigung ist nicht mehr möglich.

Unter dem Titel »Decolorise it« veröffentlichen Juliane Karakayali, Vassilis Tsianos, Serhat Karakayali und Aida Ibrahim kurz darauf eine ausführliche Kritik an diesen Praktiken (Seite 5) und kritisieren auch die Rezeption von Critical Whiteness in der antirassistischen Szene. Der Text sorgt für scharfe Reaktionen in einigen Blogs; die Debatte in ak endet nach einer Replik von Artur Dugalski, Carolina Lara und Malik Hamsa (Seite 9) und zwei Beiträgen von Lann Hornscheidt (Seite 19) und Hannah Wettig (Seite 22) zu Möglichkeiten und Grenzen politisch korrekter Sprache vorerst.

Anlass, sie ein knappes Jahr später wieder aufzunehmen, waren die hitzige öffentliche Diskussion über rassistische Ausdrücke in Kinderbüchern im Frühjahr 2013 und der Eklat bei einer taz-Podiumsveranstaltung zu diskriminierender Sprache («Meine Damen und Herren, liebe N-Wörter und Innen»). Auch diese Veranstaltung hatte ein heftiges Nachspiel im Netz, bei dem sich die VertreterInnen der unterschiedlichen Positionen mit harten Bandagen gegenseitig attackierten.

Vielleicht begünstigen die öffentlich inszenierte Veranstaltung und die Auseinandersetzung via Blogbeitrag und Zeitungsartikel den Modus des Schlagabtauschs und erschweren eine echte Diskussion. Angeregt von Mitgliedern der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) haben wir deshalb im Juni TeilnehmerInnen der Diskussion eingeladen, um zu klären, ob eine Verständigung über die politischen Differenzen möglich ist (Seite 11).

Mit dieser Sonderbeilage wollen wir die Debatte noch einmal gesammelt zugänglich und nachvollziehbar machen, in der Hoffnung, damit Material für eine sachliche und solidarische Auseinandersetzung zur Verfügung zu stellen. Denn dass die Kontroverse darüber, wessen Stimme zu welchen Themen gehört werden soll und wie andere als weiße Perspektiven repräsentiert werden können, so heftig geführt wird, ist

nicht nur eine Frage des politischen Stils. Es spiegelt auch die veränderte Zusammensetzung der bundesdeutschen Gesellschaft und der Linken hierzulande wider, die längst nicht mehr so weiß sind wie noch vor 20 Jahren.

Als Ergänzung der bisher in ak erschienenen Beiträge haben wir noch drei weitere in dieses Heft aufgenommen. Auf Seite 24 setzt Sharon Dodua Otoo sich mit der Frage auseinander, ob und wie Sprache die Gesellschaft verändern kann – und bezieht damit eine Gegenposition zum Beitrag von Hannah Wettig. Außerhalb der ak-Kontroverse präsentieren wir einen Text von May Zeidani Yufanyi aus der antirassistischen Zeitschrift ZAG, in dem sie auf die Macht der einzigen weißen Geschichte eingeht und erörtert, wie Gegenstrategien aussehen könnten (Seite 27). Eine gegensätzliche Position nimmt der Artikel von Adolph Reed Jr. aus dem Jahr 2009 ein (Seite 31). Er fordert mit Blick auf den US-Antirassismus, den Blick nicht nur auf Diskurse und Fragen der Repräsentation zu richten, sondern Rassismus wieder stärker als Klassenfrage zu begreifen.

Wir wünschen anregende Lektüre und hoffen auf produktive Diskussionen,
die ak-Redaktion



Impressum

Herausgeber Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg.

Redaktion Jan Ole Arps, Gabi Bauer, Martin Beck,

Sarah Lempp, Jens Renner, Ingo Stützele, Maïke Zimmermann.

V.i.S.d.P. G. Bauer, Verlagsanschrift. Redaktion, Verlag (0 40) 40 17 01 74, Fax (0 40) 40 17 01 75,

redaktion@akweb.de. Einzelbestellungen, ak-Abonnement, Vertrieb: (0 40) 40 17 01 73,

vertrieb@akweb.de. Gestaltung Andreas Homann, www.andreashomann.de.

Auflage 4.000 / Ein Teil der Auflage wird kostenlos als Bildungsmaterial zur Verfügung gestellt.

Der Verkauf der restlichen Auflage dient zur Deckung der Kosten. Nachdruck von Artikeln Nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis: Nachdruck aus »Critical Whiteness«, Sonderbeilage zu ak – analyse & kritik, Herbst 2013. Eigentumsvorbehalt Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Decolorise it!

Die Rezeption von Critical Whiteness hat eine Richtung eingeschlagen, die die antirassistischen Politiken sabotiert

Critical Whiteness ist seit einiger Zeit ein wichtiger Bezugspunkt innerhalb der (akademischen) antirassistischen und queerpolitischen Linken, eine schier unübersehbare Zahl an Veranstaltungen, Workshops und Seminaren beschäftigt sich mit dem Konzept. Allerdings hat die Rezeption eine Richtung eingeschlagen, die die antirassistischen Politiken geradezu sabotiert. Die Ambivalenzen der vom Rassismus durchdrungenen Politiken der Identität haben die aberwitzige Gestalt einer Identitätsolympiade angenommen.

Von Jule Karakayali, Vassilis S. Tsianos, Serhat Karakayali und Aida Ibrahim

Die Whiteness Studies entwickelten sich in den USA im Gefolge der schwarzen Bürgerrechtsbewegungen und der damit verbundenen Theorieproduktion zu Rassismus. Als Schlüsselwerk gilt Toni Morrissons Buch »Playing in the dark« (1992), in dem sie zeigt, dass Konzepte wie Freiheit oder Männlichkeit, die in der westeuropäischen bzw. nordamerikanischen Literatur so präsent sind, an die Unfreiheit schwarzer SklavInnen gebunden sind.

Dies leitete einen Perspektivwechsel ein. Im Fokus standen nicht mehr die von Rassismus marginalisierten Subjekte, sondern die durch den Rassismus Privilegierten. Schwarze TheoretikerInnen und AktivistInnen (People of Color, PoC) kritisierten so die bis dahin vorherrschende Praxis, rassistisch Diskriminierte zu

Objekten von Forschung und politischem Handeln zu machen. Vielmehr sollten mit dem Whiteness-Konzept die Strukturen und Mechanismen untersucht werden, die dazu führen, dass Weiße vom Rassismus profitierten. Dies ermöglichte, Rassismus als etwas zu thematisieren, an dem alle beteiligt sind. Die Beteiligung »aller«, so wurde argumentiert, war vermittelt über Institutionen, Räume und Diskurse und deren inhärente Rassismen. Forderungen nach der Abschaffung weißer Privilegien richteten sich gegen solche Strukturen.

Critical Whiteness dreht sich im Kreis

Was wir gegenwärtig in den Diskussionen zum Beispiel anlässlich des No Border Camps in Köln erleben, ist vielleicht eine Spätfolge einer doppelten Struktur, die den Antirassismus des Whiteness-Ansatzes auszeichnet: Einerseits geht es um eine Ausweitung, die alle Weißen zu Privilegierten macht; andererseits wird ein eher entpersonalisierender Fokus auf Institutionen gerichtet. In

diesem Konzept sind die »weißen« Institutionen und Diskurse so mächtig, dass sie die Individuen, die darin als »Weiße« konstruiert werden, vollständig entmündigen. Gleich, wie diese sich verhalten, sie sind »Profiteure«. Anstatt eine Rassismustheorie in Angriff zu nehmen, deren Fluchtpunkt die ideologische und praktische Abschaffung von Kategorien wie »Race« ist, dreht sich das Whiteness-Konzept von Anfang an im Kreis. (1)

Als die Debatte vor einigen Jahren in Deutschland begann, bestimmten schnell knifflige Probleme der Identitätszuweisung die Diskussion. Sind Menschen, deren Eltern aus Ländern einwanderten, die inzwischen der EU beigetreten sind, PoC? Oder sind sie es nur, wenn diese Eltern als GastarbeiterInnen nach Deutschland kamen? Ab welchem Einkommen oder Bildungsgrad werden PoC weiß? Kann man RussInnen in Deutschland PoC nennen oder sind sie Teil der globalen weißen Dominanzkultur? Funktionierte die Bezeichnung »of Color« also in Hinblick auf alle rassistischen Ausschlüsse oder sind damit doch letztlich Hautpigmentierungen gemeint? Der Verdacht liegt in der derzeitigen Debatte nahe und damit auch die Frage: Restabilisiert die Grenzziehung zwischen »of Color« und »weiß« damit nicht rassistische Klassifizierungen?

An diesen Fragen kristallisiert sich ein zentrales Problem des Whiteness-Konzepts: Differenz und rassistische Hierarchie müssen im Sprechen über Rassismus immer sichtbar gemacht werden, die Einteilungen in »white« und »of Color« allerdings werden schnell zu Etiketten, die als Labels stabiler Kategorien erscheinen. Spätestens wenn ein Nachweis über die Herkunft der Eltern verlangt wird, zeigt sich, wo das Whiteness-Konzept aufhört, kritisch zu sein. Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis, das Konjunkturen und Kämpfen unterliegt, wird so unsichtbar.

Der postkoloniale Theoretiker Paul Gilroy (2004) hat nachgezeichnet, wie die Zerteilung von Bevölkerungen entlang rassistischer Hierarchien immer wieder gewaltvoll durchgesetzt werden musste, weil

 Etikette bringen die Analyse von und den Kampf gegen Rassismus kein Stück weiter.

der Rassismus sich nie natürlicherweise gegen bestimmte Gruppen von Menschen richtet. Denn selbst die biologistische Begründung der »White Supremacy« (weißen Vorrherrschaft) stellt nur eine Rationalisierungslinie rassistischer Bevölkerungspolitik dar.

Rassismus ist Produkt von Sklaverei, nicht umgekehrt

In seiner Arbeit zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus argumentiert David Theo Goldberg (2002), dass seit dem 19. Jahrhundert mindestens eine Position die der biologistischen Auffassung der Minderwertigkeit streitig machte: der Historismus, der eine Art Pädagogisierung der »historischen Unreife« von minorisierten einheimischen Bevölkerungen anvisierte. Obwohl Schwarze marxistische Intellektuelle wie W. E. B. Du Bois (1935), Eric Williams (1944) und C. L. R. James (1938) längst auf den Charakter der Sklaverei und der Plantage als genuin moderne kapitalistische Ausbeutungsförmung (und als solche umkämpfte) hingewiesen hatten, hat diese epochale Einsicht erst mit den Studien von Theodore W. Allen (1998) und Robert J. Steinfield (2001) zur Sklaverei und unfreier Arbeitskraft Eingang in die Theoriebildung der kritischen Rassismusforschung gefunden.

Allen und Steinfield verweisen darauf, dass die »Erfindung der weißen Rasse« der Geschichte der gewaltvollen Durchsetzung einer rassistischen Segregation der Arbeitskräfte folgte, und kommen auf eine für die historisch fundierte Rassismustheorie entscheidende, »farbenfreie« Entdeckung: Sklaverei ist nicht das Produkt des Rassismus (einer unhinterfragten Ideologie der White Supremacy), sondern Rassismus eine Folge der Sklaverei. Mit den Etiketten, die in der Critical-Whiteness-Debatte munter verteilt werden, werden (die Geschichten) diese(r) rassistischen Teilungen in dem Versuch, mit ihnen Rassismuserfahrungen abbilden zu können, affirmiert und zum zentralen Bezugspunkt politischer Subjektivität gemacht.

Die gegenwärtige Debatte um Critical Whiteness zeigt, dass diese Etikettierungen die Analyse von

und den Kampf gegen Rassismus kein Stück weiter bringen. Im Gegenteil scheinen sie von dem abzuweichen, worum es in einer linken Gesellschaftsanalyse und Bewegung gehen müsste: um die Aufdeckung und Bekämpfung von Verhältnissen, Institutionen und Mechanismen, die den Rassismus stabilisieren und die es bestimmten Individuen ermöglichen, davon zu profitieren.

Für den Antirassismus ist indes essenziell, dass die Kategorisierungen und Zuschreibungen, die alle Menschen – mit unterschiedlichen Effekten und in unterschiedlichen Dimensionen – betreffen, von diesen zurückgewiesen werden können. Ein Antirassismus, in dem nur diejenigen zu Wort kommen sollen, die als »Opfer« davon betroffen sind, reduziert den ganzen emanzipatorischen Inhalt eines solchen Projekts auf eine Art Interessenvertretung oder sogar Generalversammlung eines Mainstreams der Minderheiten.

Generalversammlung der Minderheiten

Aufgrund dieser Reduktion wird nun in Critical-Whiteness-Kreisen heftig debattiert, ob »Weiße« überhaupt antirassistisch sein können, wenn sie doch vom Rassismus profitieren. Kann das Engagement von Männern feministisch sein, wenn sie doch vom Geschlechterverhältnis profitieren? Dürfen sich Heterosexuelle für queere Rechte einsetzen, wenn sie doch vom Heterosexismus profitieren?

Diese Frage selbst scheint kaum mit einer kritischen Gesellschaftsanalyse, die immer die Möglichkeit von Veränderung, Dynamik und Antagonismus einschließt, kompatibel zu sein. Und so wird die Debatte auch komplett unpolitisch geführt: Wenn es um Critical Whiteness geht, findet garantiert keine Auseinandersetzung mit Fragen von Dominanz, Privilegien, Ausschlüssen und möglichen politischen Strategien dagegen statt, sondern nahezu ausschließlich Moralisierung und Denunziation.

Nicht politische Standpunkte und Strategien werden diskutiert, sondern die Personen, die sie äußern, stehen zur Diskussion. Daraus resultiert auch mit Rekurs auf das

falsch verstandene bzw. naiv »übersetzte« Selbstermächtigungskonzept der »Definitionsmacht« die derzeit gängige Positionierungspraxis: In Uni-Seminaren und auf Veranstaltungen erfolgt – oft unabhängig vom konkreten Thema – eine quälend lange »Selbstpositionierung« der sprechenden Person, in der diese detailliert Auskunft gibt über ihren Pass, ihre Hautfarbe, ihre sexuelle Orientierung, den Zustand ihrer körperlichen Verfassung, ihren familiären Bildungshintergrund sowie ihre Einkommensverhältnisse.

Diese Einordnung der eigenen Person in ein komplexes Raster gesellschaftlicher Machtverhältnisse erfolgt zumeist, um die Legitimität des zu Sagenden im Vorhinein abzusichern, und/oder um die Limitierung der eigenen subjektiven Perspektive zu erläutern: Ich als weißer, deutscher, heterosexueller Mann aus dem Bildungsbürgertum kann hier nicht über die Erfahrungen von Queers of Color sprechen. In diesem Selbstpositionierungsritual drückt sich die fatale Gleichsetzung von Subjektivität und Politik in der Critical-Whiteness-Rezeption aus.

Ohne Subjektivität gibt es keine Politik. Subjektive Erfahrungen und politische Positionen sind aber nicht das Gleiche. Weder folgt aus bestimmten Erfahrungen zwingend eine bestimmte politische Haltung noch ist die Einnahme einer politischen Haltung durch die eigenen Erfahrungen limitiert. Nicht alle, die durch Rassismus marginalisiert werden, sind antirassistisch und nicht alle Frauen sind feministisch. Es ist völlig legitim, um ein in zwischen historisches Beispiel heranzuziehen, sich an Kampagnen gegen Schlecker zu beteiligen, ohne je selbst bei Schlecker gearbeitet zu haben – es ist auch nicht paternalistisch. Eine politische Position ist nicht die logische Folge spezifischer persönlicher Erfahrungen, sondern entwickelt sich durch die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen.

Politische Haltung und subjektive Erfahrung

Auch Subjektivität resultiert nicht einfach aus der »Position«, die ich vermeintlich aufgrund von Hautfar-

be oder Geschlecht im Raster gesellschaftlicher Machtverhältnisse einnehme. (2) Zu behaupten, dass eine politische Haltung unveränderbar an die »Position« innerhalb der Gesellschaft gebunden ist, bedeutet, einen statischen Begriff von Gesellschaft zu vertreten, der die Möglichkeit politischer Veränderung letztlich ausschließt. Die Gleichsetzung von subjektiver Erfahrung mit politischer Haltung führt dazu, dass am Ende jeder nur für sich selbst sprechen kann – entweder für sich als Individuum oder aber als VertreterIn einer irgendwie gearteten »Hauptkategorie«.

Denkt man diese Position konsequent zu Ende, so kommt man zu dem Schluss, den eine Debattenteilnehmerin auf einer Mailingliste zum Thema zog: Sie sei es leid, zwischen bösen »Weißen« (NSU, NPJ) und guten »Weißen« (Antifa, Antira) unterscheiden zu sollen – weiß und damit

rassistisch seien die schließlich alle.

Verbunden mit der oben genannten Gleichsetzung von subjektiver Erfahrung und politischer Position sind auch Fragen der Repräsentation bzw. die Frage, wer spricht oder wer – über Rassismus – sprechen darf. Lange Zeit fanden die rassistischen Ausgrenzungserfahrungen z.B. migrantischer Aktivistinnen kaum Gehör in der Linken in Deutschland – man denke nur an die Ignoranz, mit der die IG Metall den Kampf der migrantischen ArbeiterInnen gegen die für sie besonders schlechten Arbeitsbedingungen im Fordstreik 1973 delegitimierte, oder an die feministische Kulturalisierung der vermeintlichen »Emanzipationsdefizite« der südeuropäischen »GastarbeiterInnen« in den 1970er Jahren. (3) Ähnlich wie in der Gesamtgesellschaft wurde häufig nicht der Rassismus, sondern die vermeintliche kulturelle Andersartigkeit fokussiert.

Die Analyse von Rassismus als gesellschaftlichem Verhältnis, das sich in allen gesellschaftlichen Teilbereichen materialisiert, hat sich in der Linken in Deutschland erst in den letzten Jahren durchgesetzt, womit auch die Aufgabe der Konstruktion von MigrantInnen als Opfer verbunden war. Dennoch gibt es nach wie vor unendlich viele Beispiele dafür, dass diese Perspektive nicht in allen linken Zusammenhängen geteilt wird. Ignorante Debattenbeiträge, die jede Beschäftigung mit Rassismus als Zumutung zurückweisen; Podien zum Thema Rassismus, auf denen sich keine RednerInnen mit negativen Rassismuserfahrungen finden; aber z.B. auch die geringe Beteiligung linker Gruppen an Aktivitäten rund um die Aufarbeitung der NSU-Morde verweisen darauf.

Die alltägliche Erfahrung rassistischer Ausgrenzung in der Schule, an der Clubtür, auf dem Arbeitsmarkt, in der Ausländerbehörde und bei der Wohnungssuche und die häufige Nicht-Anerkennung oder Nicht-Einbeziehung dieser Erfahrungen durch GenossInnen, die diese Erfahrungen nicht machen, macht misstrauisch. Insofern erscheint Critical Whiteness als ein attraktives Angebot, wenigstens im

Literatur:

- Theodore W. Allen: *Die Erfindung der weißen Rasse*. Berlin 1998.
- Manuela Bojadžijev: *Die windige Internationale*. Münster 2007.
- Rita Chin: *Türkische Frauen und westdeutsche Feministinnen*. In: *Springerin* 2/2011.
- Gabriele Dietze: *Okzidentalismuskritik. Möglichkeiten und Grenzen einer Forschungsperspektivierung*. In: *Gabriele Dietze u.a. (Hg.): Kritik des Okzidentalismus, Transdisziplinäre Beiträge zu (Neo-)Orientalismus und Geschlecht*. Bielefeld 2009.
- W. E. B. Du Bois: *Black Reconstruction in America (1935)*, Piscataway/NJ 2012.
- Maisha Eggers u.a. (Hg.): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster 2005.
- Paul Gilroy: *After Empire*. London 2004.
- David Theo Goldberg: *The Racial State*. Massachusetts 2002.
- Kien Nghi Ha u.a. (Hg.): *Re/visionen. Postkoloniale Perspektiven auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*. Münster 2007.
- Toni Morrison: *Playing in the dark. Whiteness and Literary Imagination*. London 1992.
- C. L. R. James: *Die schwarzen Jakobiner (1938)*. Berlin/DDR.
- Robert J. Steinfield: *Coercion, Contract and Free Labor in the Nineteenth Century*. Cambridge 2001.
- Eric Williams: *Capitalism and Slavery*. Chapel Hill/NC 1944.

eigenen politischen Umfeld weiteren rassistischen Angriffen zu entgehen.

Unterschiedliche Motive für Antirassismus

Eine antirassistische Linke muss mit diesem gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnis umgehen, wozu auch gehört, dass sich Linke ohne negative Rassismuserfahrungen mit möglichen Vorwürfen auseinandersetzen müssen, die Perspektive des Rassismus nicht ausreichend zu bedenken oder rassistische Positionen zu stabilisieren. Dies ist also auch ein Plädoyer dafür, mit und in Widersprüchen und Spannungsverhältnissen Politik zu machen. Und es ist ein Plädoyer gegen die simple Rechnung, dass wer sich einmal unkritisch zum Rassismus geäußert hat, unsensibel war oder gar »objektiv« vom Rassismus profitiert, deshalb zum »Gegner« gehört.

Rassismus ist keine Angelegenheit von Individuen oder Gruppen, er geht durch Individuen und Gruppen (und durch Institutionen, Diskurse, etc.) hindurch! Deswegen ist es aberwitzig, den Rassismus säuberlich auf zwei gesellschaftliche Großgruppen zu verteilen, von denen die eine Täter, die andere Opfer sind.

In der Critical-Whiteness-Debatte kommt eine produktive Form der Auseinandersetzung nicht mehr vor, stattdessen wird jede Person, die sich zu Wort meldet und sich nicht als PoC positioniert, verdächtigt, entweder ihren eigenen Rassismus verschleiern zu wollen oder paternalistisch Menschen mit negativen Rassismuserfahrungen ihre Subjektivität absprechen zu wollen. Ein klassischer Doublebind, d.h. eine Kommunikationssituation, in der zwei widersprüchliche Botschaften gleichzeitig im Raum stehen.

Diese Haltung weisen wir zurück. Menschen können sehr unterschiedliche Motive haben, gegen Rassismus zu kämpfen. Zum Beispiel weil sie nicht wollen, dass Menschen – FreundInnen, ArbeitskollegInnen, GenossInnen – aufgrund von Rassismus ermordet, von Jobmöglichkeiten ausgeschlossen oder ausgewiesen werden. Oder weil man sich nicht in die Idee eines nationalen Kollektivs

eingespeist sehen möchte, wie die Redaktion der Zeitschrift *Hinterland* in ihrem letzten Editorial bemerkte. Und weil es ein essenzieller Bestandteil emanzipatorischer Politik ist, sich durch gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht festlegen zu lassen, sondern diese zu hinterfragen und zu bekämpfen.

Längst gibt es eine Geschichte der Kämpfe gegen Rassismus, die von vielen, sehr unterschiedlichen Menschen gemeinsam getragen wurden. Die Black Panther Party, eine der bedeutendsten schwarzen Bürgerrechtsbewegungen, akzeptierte durchaus Menschen in ihren Reihen, die nicht durch Rassismus marginalisiert waren, sofern sie den Kampf gegen Rassismus und Kapitalismus mittrugen. Und das Netzwerk *kanak attak* hat sich Anfang der 1990er Jahre dezidiert als Zusammenschluss von Menschen begriffen, in dem nicht nach Pass und Herkunft gefragt wurde, sondern die Haltung zum Rassismus entscheidend war.

Moralisierende Kritik lähmt die Debatte

Ohne einen solidarischen, gesellschaftlichen Antirassismus, ohne das Engagement vieler Menschen, die heute als »Weiße« diffamiert werden, gäbe es eine Vielzahl von Netzwerken, Institutionen, Zeitschriften und politischen Kampagnen nicht. Aber vor allem: An wen richtet sich der antirassistische Diskurs? Nur noch an die vom Rassismus Unterdrückten? Und wenn ja, mit welchem Ziel, dem Separatismus?

Kurzum: Wir halten die Art wie diese Debatte geführt wird, für unpolitisch, moralisierend und in höchstem Grade destruktiv. Sie lähmt sowohl die wissenschaftliche Debatte um, als auch den Kampf gegen Rassismus. Wir wollen dagegen einen Umgang mit Fragen von Rassismus, der es ermöglicht, politische Subjekte nicht nach ihrer Herkunft oder Hautfarbe einzuteilen – wie es auch der Rassismus tut – sondern danach fragt, wie antirassistische Kämpfe das Leben von uns allen verbessern können.

Wir wehren uns gegen eine Identitätspolitik, die dazu führt, dass je-

deR nur noch ExpertIn seiner/ihrer selbst ist. Unsere mehr oder weniger gemeinsame postnationale Lebensrealität spielt sich nicht in solchen Containern ab. Paul Gilroy und sein Konzept der Konvivialität scheinen uns hier vielversprechender: eine Perspektive, die die längst bestehenden »gewöhnlichen Erfahrungen in Umgang, Kooperation und Konflikt über die vermeintlich undurchlässigen Grenzen von Rasse, Kultur, Identität und Ethnizität« anerkennt. (4)

Die Behauptung, »Weiße« handelten paternalistisch, wenn sie sich antirassistisch engagieren, tut so, als wären unsere Freundeskreise, WGs, Familien, unsere Nachbarschaften, unsere Arbeitsstellen und unsere politischen Zusammenhänge ethnisch segregiert. Sie untergräbt jeden Begriff des Politischen, der gerade darin besteht, nicht auf das festgelegt zu werden, was oder »wo« man vermeintlich ist. Und sie zeugt von einer unendlichen Ignoranz gegenüber den tausendfach verschachtelten und komplizierten Geschichten von vielen von uns, die sich der schnöden Opposition »weiß« versus »color« entziehen. ●

Die AutorInnen sind Mitglieder des Netzwerks kritische Migrations- und Grenzregimeforschung.

*Zuerst erschienen in
ak 575 / 21.9.2012*

Anmerkungen:

1) Für einen sehr überzeugenden Umgang mit der falschen Alternative des antirassistischen Diskurses (kritische Rassismustheorie versus Critical Whiteness), steht der Okzidentalismus-Ansatz von Gabriele Dietze (2009).

2) Schon die Vorstellung von Gesellschaft als einem Schachbrett, auf dem Menschen je nach Geschlecht, Rassismuserfahrungen etc. in Kästchen zugewiesen werden kann, ist falsch. Gesellschaft ist dynamisch und wandelt sich durch soziale Kämpfe – man denke nur an die Errungenschaften der Frauen-, Schwulen- und Lesbenbewegung der letzten 30 Jahre oder die Abschaffung des rassistischen Apartheidsystems in Südafrika.

3) Vgl. Bojadžijev 2007 und Chin 2011.

4) Paul Gilroy 2004, S. viii.

Farbenblindheit ist auch keine Lösung

Critical Whiteness ist ein sinnvolles Werkzeug zur Rassismuskritik

Von Artur Dugalski, Carolina Lara und Malik Hamsa

Die Debatte um »Whiteness« (Weißsein) wird in der deutschsprachigen Linken bereits seit einigen Jahren geführt. Spätestens seit den Vorkommnissen auf dem diesjährigen No Border Camp in Köln hat sich die Auseinandersetzung um diese kritische Analysekatégorie intensiviert, und es kursiert eine Vielzahl von Stellungnahmen, Artikeln und Positionspapieren. (1)

Dabei gerät häufig aus dem Blick, dass es sich bei Whiteness-Konzepten keineswegs nur um den neuesten Schrei linker Theoriezirkel handelt. Im Gegenteil kann die Beschäftigung mit Whiteness auf eine lange emanzipatorische Tradition (vor allem in den USA) und ein umfangreiches schwarzes/of Color

Wissensarchiv zurückgreifen, das über Jahrhunderte in sozialen Kämpfen von Menschen und Gruppen erstritten wurde, die mit der Zuschreibung konfrontiert waren, nicht weiß zu sein. (2) Diese Menschen eint eine gemeinsame historische und gegenwärtige Unterdrückungserfahrung, auch wenn diese in vielen Variationen auftritt und unterschiedlich erlebt wird. (3)

Praktiken von Diskriminierung und Ausbeutung bilden nicht nur die Grundlage für dieses kollektive Erleben, sondern sind gleichzeitig auch Ursache für eine historisch gewachsene Privilegierung weißer Menschen. Für den hiesigen Kontext bedeutet das beispielsweise, dass auf dem Rücken sogenannter »Fremd-« und »GastarbeiterInnen« bereits seit dem späten 19. Jahrhundert Millionen weiße Deutsche sozial und ökonomisch aufsteigen konnten.

Der vor dem Hintergrund dieser Geschichte(n) entwickelte Whiteness-Ansatz trägt dazu bei, Rassis-

mus nicht weiter nur als ein Problem rassistisch Diskriminierter zu behandeln, sondern als etwas, an dem alle beteiligt sind. Er stellt diejenigen in den Fokus, die von rassistischen Strukturen – gewollt oder ungewollt – profitieren, und macht die Mechanismen untersuchbar, die zu deren Privilegierung führen.

Mit dem Ziel rassistische Hierarchien sichtbar zu machen, kommt der Whiteness-Ansatz nicht umhin, Menschen und Gruppen entsprechend ihrer Position im Kontext von Rassismus – und nicht im Sinne biologistischer Zuschreibungen – als weiß bzw. schwarz/of Color/ ... zu betrachten.

Hier setzt eine häufig vorgebrachte Kritik an, nach der die so vorgenommene Grenzziehung rassistische Klassifizierungen restabilisieren würde. In der Tat ergibt sich ein grundsätzliches Dilemma in einer Verwendung der Begriffe, da sie zwangsläufig auf rassistische Konstruktionen zurückgreifen muss,

wenn über reale Machtdifferenzen gesprochen werden soll, die aus diesen Konstruktionen erwachsen. (4)

Diese Problematik ist wohlbekannt und ähnlich auch in feministischen, antipatriarchalen Kontexten beispielsweise im Sprechen über »Männer« und »Frauen« breit diskutiert worden. Das Dilemma lässt sich nicht vollständig auflösen und weist auf die Notwendigkeit hin, stets auch die historische und soziale Wandelbarkeit rassistischer Kategorien wie »weiß« und »schwarz« in den Blick zu nehmen, wenn verhindert werden soll, dass der Whiteness-Ansatz zum Instrument essenziellistischer Identitätspolitik wird. (5)

Darüber hinaus darf eine anti-rassistische Politik nicht das Ziel aus den Augen verlieren, letztlich die Kategorie »race« ideologisch und praktisch ganz zum Verschwinden zu bringen. Doch gerade zur Erreichung dieses Ziels stellt Whiteness als Analysekategorie ein wichtiges Werkzeug dar, weil sie nicht der Vorstellung verfällt, »race« dadurch zum Verschwinden zu bringen, dass mensch im (politischen) Alltag handelt, als sei diese Kategorie bereits aufgelöst. Das Gegenteil ist der Fall.

So schreibt Eske Wollrad: »Ein ausschließlich dekonstruktivistischer Impetus ist in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation politisch reaktionär, denn er kann mit dem Verweis auf den fiktionalen Charakter von Weißsein die Tatsache einfach umgehen, dass auch Fiktionen reale Effekte haben und Weißsein den Besitz von gewissen Privilegien und deren Inanspruchnahme Machtausübung bedeutet.« (6)

Entsprechend sollten rassistuskritische weiße AktivistInnen sich nicht »als Weiße diffamiert« fühlen, sondern aushalten, wenn ihre gesellschaftliche Positionierung benannt wird. Daraus können sich neben emanzipatorischen Handlungsmöglichkeiten auch politische Forderungen ergeben sowie Forderungen nach Zurückhaltung und Zuhören, die oft die ersten Schritte eines solidarischen politischen Miteinanders sind.

Das Ganze sollte keinesfalls darauf hinauslaufen, dass Weiße in der politischen Arbeit zu Rassismus mundtot gemacht werden, wie häu-



Weiße AktivistInnen können die Kämpfe von MigrantInnen, Schwarzen, People of Color usw. als Verbündete unterstützen.

fig polemisiert wird. Form und Inhalte antirassistischer Arbeit sollten jedoch zunächst von den Menschen formuliert werden, die negativ von Rassismus betroffen sind, ohne eine homogene Masse konstruieren zu wollen. Denn die Stimme von People of Color gibt es nicht.

Die Rolle weißer AktivistInnen kann hier darin bestehen, als Verbündete die Kämpfe von MigrantInnen, Schwarzen, People of Color, Geflüchteten usw. zu unterstützen – das kann auch bedeuten, sich aktiv mit eigenen Privilegien auseinander zu setzen. Denn auch linke Räume sind nicht frei von Rassismus und Dominanzstrukturen – hier kann die Beschäftigung mit Whiteness Reflexionsprozesse entscheidend voranbringen.

Die Art und Weise, wie einige AktivistInnen of Color sich auf dem No Border Camp in Köln auf Whiteness bezogen und welche Konsequenzen sie daraus gezogen und eingefordert haben, hat viel Widerspruch hervorgerufen. Von solidarischer Kritik bis hin zu beleidigenden Abwehrreflexen ist dies oft fälschlicherweise synonym mit dem Konzept von Whiteness als solchem diskutiert worden. Der »Skandal von Köln« wurde zum Anlass genommen, das Whiteness-Konzept entweder als autoritäres Machtinstrument abzutun oder als Werkzeug des Empowerment zu begrüßen.

Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung zu erkennen, dass es nicht die eine Auslegung dessen gibt, was aus Überlegungen zu Whiteness für die politische Arbeit folgen muss. Gerade deshalb darf die Linke eine undogmatische, kritische Auseinandersetzung mit Weißsein und dem Konzept Whiteness nicht aufgeben. Sie muss sich auf ihre Tradition der Selbstkritik besinnen – nicht zuletzt dort, wo weiße Privilegien sichtbar gemacht und angegriffen werden. ●

Die AutorInnen leben in Berlin und Hamburg und arbeiten in verschiedenen politischen Kontexten zu den Themen Rassismus, Weißsein und Antisemitismus.

Zuerst erschienen in ak 576 / 19.10.2012

Anmerkungen:

- 1) Siehe z.B. den Artikel vom 19.8.2012 auf linksunten.indymedia.org.
- 2) Bei der Verwendung der Begriffe »weiß« und »schwarz« wird hier nicht essenziellistisch von biologischen Entitäten (Hautfarbe usw.) ausgegangen. Wir verstehen die Begriffe als soziale Konstruktionen und verwenden sie hier zur Sichtbarmachung von Herrschaftsverhältnissen.
- 3) Keine Person ist nur weiß oder schwarz/of color/... Soziale (De-)Privilegierung verläuft immer auch gleichzeitig entlang anderer Kategorien wie »Klasse«, »Geschlecht« usw. Vgl. Kiên Nghi Hà, Nicole Lauré al-Samarai und Sheila Mysorekar (Hg.): *re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*. Unrast-Verlag 2007, S. 12.
- 4) Vgl. Ursula Wachendorfer: *Weiß-Sein in Deutschland. Zur Unsichtbarkeit einer herrschenden Normalität*. In: Susan Arndt, Heiko Thierl und Ralf Walther (Hg.): *Afrikabilder. Studien zu Rassismus in Deutschland*. Unrast-Verlag 2001, S. 87ff.
- 5) Vgl. Eske Wollrad: *Weißsein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion*. Ulrike Helmer Verlag 2005, S. 73ff.
- 6) Ebd., S. 19.

Dimensionen der Differenz

Ein Gespräch über Critical Whiteness und antirassistische Politik zwischen Vassilis Tsianos, Juliane Karakayalı, Sharon Dodua Otoo, Joshua Kwesi Aikins und Serhat Karakayalı

Moderation: Jan Ole Arps und Romin Khan

Kurz nachdem die Kontroverse um Critical Whiteness und nicht diskriminierende Sprache in ak wieder abgeebbt war, flammte sie an ganz anderer Stelle auf. Mehrere Kinderbuchverlage erklärten Anfang 2013, auf rassistische Begriffe künftig zu verzichten und sie durch nicht diskriminierende Ausdrücke zu ersetzen – bzw. dies schon seit Jahren zu tun. Kaum war die Nachricht in der Welt, ging ein Aufschrei durch die Feuilletons deutscher Zeitungen. Von »Zensur« war die Rede oder gleich vom drohenden »Ende der Literatur insgesamt« (so etwa Harald Martenstein im Tagesspiegel). Im Ap-

ril kam es dann bei einer Veranstaltung der taz in Berlin zum Eklat. Moderator Deniz Yücel verlor dort nach Publikumskritik am exzessiven Gebrauch des Wortes »Neger« die Fassung und schrie herum. Podiumsgast Sharon Dodua Otoo und zahlreiche BesucherInnen verließen daraufhin die Veranstaltung. Im Netz hatte der Vorfall ein heftiges Nachspiel, wobei der ak-Artikel »Decolorise it« von Juliane Karakayalı, Aida Ibrahim, Serhat Karakayalı und Vassilis Tsianos gelegentlich als Stichwortgeber gegen die KritikerInnen diskriminierender Sprache herangezogen wurde. Angeregt durch Mitglieder der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) haben wir deshalb einige TeilnehmerInnen der Diskussion eingeladen, um zu klären, ob eine Verständigung über die politischen Differenzen möglich ist. Fazit: teilweise.

Letztes Jahr haben sich Jule, Vassilis, Serhat und Aida Ibrahim in einem ak-Artikel kritisch mit Critical Whiteness Ansätzen in der antirassistischen Szene auseinandergesetzt. Kwesi, was stört dich an dem Text?

Joshua Kwesi Aikins: Ich kritisiere, dass der Artikel Critical Whiteness zu eng fasst. Die analytische Perspektive, nicht nur diejenigen in den Blick zu nehmen, die von Rassismus negativ betroffen sind, sondern auch die, die davon profitieren, hat eine lange Geschichte. Die Darstellung im Artikel verkennt diese Geschichte, sie verkennt schwarze Theorieproduktion in Deutschland, wie sie etwa May Ayim oder Katharina Oguntoye repräsentieren, und sie verkennt auch die produktiven Effekte des Ansatzes. Ich hätte mir deshalb gewünscht, dass eine Kritik an den Praktiken auf dem

No Border Camp letztes Jahr auch fragt, was an dem Ansatz produktiv ist, anstatt das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Jule, Vassilis, Serhat, ihr schreibt, Critical Whiteness richte den Blick auf die Strukturen und Mechanismen, die Weiße privilegieren. Was ist daran falsch?

Juliane Karakayalı: Wir kritisieren die Konstruktion von zwei Gruppen, bei denen das Privileg der einen das Leid der anderen ist. Wir stellen die Frage, ob diese Denkfikur uns in der politischen Analyse und Praxis weiterbringt, oder ob sie beides eher behindert, weil man sich dann nur noch entscheiden kann, welcher Gruppe man den Sieg wünscht.

Serhat Karakayalı: Ich frage mich: Warum wird etwas, was alle haben sollten – Zugang zu Wohnungen, zu Jobs, die Möglichkeit, angstfrei auf die Straße zu gehen – als Privileg beschrieben? Ich verstehe zwar die Absicht dahinter. Aber ich will eigentlich das Feld des Rassismus so fassen, dass gemeinsame Interessen denkbar sind, anstatt die Positionierungen des Rassismus weiterzuschreiben. Ich möchte Rassismus in einer Weise thematisieren, die sich auf Widerstandspraktiken gründet, auf Praktiken des Kampfes gegen Rassismus. Denn wenn es den antirassistischen Widerstand nicht gäbe, würde es anders aussehen in Deutschland. Und an diesem Widerstand sind viele Leute beteiligt, von denen AnhängerInnen der Critical Whiteness sagen würden: Die haben aber Privilegien.

Sharon Dodua Otoo: »Privileg« ist für mich erstmal ein Arbeitsbegriff. Ich zum Beispiel bin Britin. Ich habe einen EU-Pass, ich brauche kein Visum, ich kann arbeiten, ich kann Hartz IV beziehen. MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern haben dagegen klare Benachteiligungen. Wenn ich über deren Situation reden will, ist es mir wichtig, das zu reflektieren und mich auf deren Expertise zu beziehen. Ich kann nicht für andere Leute reden. Das Wort »Privileg« ist ein Mittel, um zu verstehen, was ich habe, was ich für selbstverständlich nehme. Wenn ich in einer Situation privilegiert bin, muss ich besonders



Scham und Schuld sind groteske Ansatzpunkte, um etwas Progressives hervorzu-bringen.

Serhat Karakayalı

hellhörig und sensibel werden für die Leute, die genau dort marginalisiert werden.

Joshua Kwesi Aikins: Jule, Serhat, ich denke, eure Aussagen passen nicht zusammen. Ihr sagt, es gibt Gruppen, die durch Rassismus konstruiert werden, deshalb müssen wir darüber reden können. Das heißt aber auch, diese Privilegien sind Teil der rassistischen Dynamik. Sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene gibt es ein weißes Privileg, auch in Deutschland.

Vassilis Tsianos: Sind das weiße Privilegien oder deutsche Privilegien?

Joshua Kwesi Aikins: Sie überschneiden sich, sind aber nicht dieselben.

Vassilis Tsianos: Exakt. Und wo sind wir? Die Millionen Schwarzköpfe in Deutschland?

Joshua Kwesi Aikins: Rassismus legt immer eine Einteilung in zwei Gruppen nahe, funktioniert aber anders, schon weil wir beide in Deutschland unterschiedliche rassistische Erfahrungen machen. People of Color (PoC) ist ein Sammelbegriff, um politische Koalitionsmöglichkeiten von Leuten zu beschreiben, die auf unterschiedliche Weise von Rassismus betroffen sind.

Sharon Dodua Otoo: Vassilis, du sprichst von »Schwarzköpfen«, oft sprecht ihr auch von »MigrantInnen«. Ich möchte erklären, warum ich den Begriff »People of Color« statt »Migrant« benutze: Ich bin in Deutschland Migrantin. Das ist aber nicht der Grund, weshalb ich rassistisch diskriminiert werde. Ich werde nicht Opfer von Racial Profiling, weil ich aus Großbritannien bin, sondern weil ich als »Schwarz = Afrika« verbucht werde. Für mich muss es ein Vokabular geben, das dies genau erfasst, damit wir, wenn wir über Diskriminierung reden, wirklich über die gleichen Sachen reden. Nicht alle MigrantInnen sind PoC, und nicht alle PoC sind MigrantInnen.

Juliane Karakayalı: Was wäre ein Beispiel für ein weißes Privileg? Ich würde gern klären, ob der Begriff mehr sagen kann, als wenn man es Rassismus nennt.

Joshua Kwesi Aikins: Zum Beispiel das Privileg, nicht von Racial Profiling betroffen zu sein, bei der Wohnungssuche nicht benachteiligt zu werden ...

Juliane Karakayalı: Der Ausschluss bei der Wohnungssuche ist in meinen Augen etwas anderes als Racial Profiling. Knappe Ressourcen wie Wohnung und Arbeit werden unterschiedlich verteilt, und die Leute haben aufgrund von Rassismus unterschiedliche Zugänge zu ihnen. Racial Profiling kann man nicht so beschreiben, denn es wird nicht eine bestimmte Menge Kontrolle zwischen weißen und schwarzen Menschen aufgeteilt. Natürlich ist Racial Profiling eine rassistische Praxis. Aber anders als bei der Wohnungs- oder Jobsuche profitieren weiße Personen nicht umgekehrt von diesen Kontrollen. Hier macht die Gegenüberstellung für mich keinen Sinn, man kann nicht von einem Privileg sprechen, nicht kontrolliert zu werden.

Joshua Kwesi Aikins: Ich denke schon. Wenn ich mich in einer Gruppe aus Leuten mit und ohne weiße Privilegien aufhalte, gibt es zwangsläufig unterschiedliche Erfahrungen und Möglichkeiten, die sich uns auftun. Wenn Privilegien für dich ein Nullsummenspiel sind, haben wir ein unterschiedliches Verständnis. Es gibt nicht nur die materielle, sondern auch eine symbolische Dimension, bei der die Rechnung anders funktioniert.

Serhat Karakayalı: Wir reden über zwei Begriffe, die offenbar miteinander verknüpft sind: Privilegien und PoC. Der Begriff PoC scheint mir vor allem insofern problematisch zu sein, als in ihn die sichtbare Hautfarbe eingebaut ist. Wenn man sich die Geschichte des Rassismus in Europa ansieht, stößt man schnell auf Beispiele, die völlig ohne Hautfarbe als Marker in der Praxis des Ausschlusses auskommen, den Antisemitismus zum Beispiel. Aber mir geht es vor allem um einen anderen Punkt: Vor kurzem bin ich bei einer Taxifahrt mit der Fahrerin ins Gespräch gekommen, und sie sagte: Weißt du was, ich komme aus dem Osten, und vieles von dem, was du gerade gesagt hast, kenne ich auch, das

trifft auch auf mich zu. Und das erste, was ich denke, ist: Spinnst du? Wir trauen uns nicht mal da rüber wegen der Nazis, also was erzählst du da! Aber in einem Punkt hat sie Recht, nämlich dass sie in Bezug auf die Mehrheitsgesellschaft Ausgrenzungs- und Marginalisierungserfahrungen gemacht hat. Ihr erinnert euch vielleicht an den Gerichtsprozess um eine Bewerbung, bei der die Personaler »Ossi« an den Rand geschrieben haben. Das Gerichtsurteil damals lautete: Das ist keine rassistische Diskriminierung, weil »Ossis« keine ethnische Gruppe sind. Natürlich sind Ostdeutsche nicht PoC. Trotzdem kann ich diese Erfahrung nachvollziehen, sie verstehen und vielleicht solidarisch sein. Oder aber ich kann das Trennende betonen. Das ist eine Entscheidung.

Joshua Kwesi Aikins: Ich würde es auch nicht Rassismus nennen, was weiße Menschen mit ostdeutscher Sozialisation erfahren, aber ich stimme zu, dass es da spezielle Formen von Diskriminierung und Ausschluss gibt. Gleichzeitig gibt es Unterschiede, die du ja selbst siehst. Ich bin im Märkischen Viertel in Westberlin aufgewachsen, buchstäblich im letzten Block vor der Mauer, und habe den unglaublichen Anstieg rassistischer Gewalt nach der Wende selbst erlebt. Neben der verfehlten pseudoantifaschistischen Deckelung in der DDR war ein wichtiger Aspekt für den Anstieg des Rassismus die massive Abwertung der Leute aus dem Osten als rückständig und dumm – und plötzlich gab es die Distinktionsgelegenheit via Rassismus, also die Möglichkeit, sich in die westdeutsche Gesellschaft zu integrieren, indem man andere Leute, sogenannte »Ausländer« und wen man dafür hält, rassistisch abwertet. Diesen Prozess hat W.E.B. Du Bois beschrieben: Rassismus in westlichen Gesellschaften bietet Menschen, die am unteren Ende der gesellschaftlichen Hackordnung stehen, symbolische Distinktion an und verhindert, dass diejenigen, die unten sind, gemeinsame Sache machen und sich solidarisieren. Das Urteil, auf das du hinweist, dass eine erlittene Diskriminierung kein



Für weiße Deutsche ist es super, wenn wir uns untereinander zerfleischen.

Joshua Kwesi Aikins

Rassismus ist, weil die Betroffenen keine »ethnische Gruppe« bilden, gibt es übrigens leider für schwarze Menschen in Deutschland auch. Mit dieser Begründung lehnen das Innen- oder Justizministerium jedes Mal Anfragen dazu ab, wie viele schwarze Menschen von dieser oder jener Form von Rassismus betroffen sind.

Vassilis Tsianos: Ich will jetzt, dass wir aufhören mit dem Argument, es gehe nicht um Hierarchisierungen. In diesem Zimmer haben einige besonders wichtige Erfahrungen mit Rassismus, und andere, wie die Weißgesichter hier, haben wichtige Erfahrungen in einem antirassistischen Kampf mit uns. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir eine gemeinsame Sprache haben. Du sagst die ganze Zeit, dir geht es nicht darum, die Erfahrungen der von Rassismus Betroffenen zu hierarchisieren, aber es geht um die Differenz. Die Differenz interessiert mich nicht. Mich interessiert die Frage, wie analysieren wir Rassismus in Deutschland. Analysieren wir Rassismus auf der Ebene des Kontinuums von »schwarz« und »weiß«, wie ihr das macht? Oder analysieren wir Rassismus in Deutschland unter der Fragestellung, was ihn unmöglich macht? Nämlich die Präsenz der antirassistischen, migrantischen und postkolonialen Subjekte in der Geschichte der rassistischen Formation in Deutschland.

Joshua Kwesi Aikins: Du vereinfachst unsere Position und lässt es so aussehen, als könnte man nur das eine oder das andere tun. Ich denke aber, dass man beides machen kann.

Der Ausgangspunkt für die Kontroverse war doch, dass in der antirassistischen Szene eine Dynamik der Selbstpositionierung und Hierarchisierung unterschiedlicher Rassismuserfahrungen dazu geführt hat, dass diese Szene im eigenen Saft schmort, handlungsunfähig wird und gesellschaftlich nichts mehr bewirkt.

Joshua Kwesi Aikins: Ja, sehr unproduktiv.

Sehr unproduktiv, genau. Mir geht es aber nicht darum zu sagen, es muss immer alles konstruktiv

sein. Es gab andere Auseinandersetzungen in der deutschen Linken, wo solche Zäsuren wichtig waren. Deshalb würde mich interessieren: Wie müsste ein anderer Umgang damit deiner Meinung nach aussehen?

Joshua Kwesi Aikins:

Bestimmte Dynamiken in Bezug auf die Analyse von Rassismus verlaufen anders, wenn Leute wahrnehmen, dass Rassismus nicht etwas ist, was nur mich als schwarze Person betrifft, sondern dass auch weiße Privilegien eine Rolle spielen. Das ist dann produktiv, wenn daraus folgt, dass man sich zum Beispiel bemüht, nicht nur meinem Erleben, sondern auch meiner Analyse davon auf eine andere Art und Weise zuzuhören. Nämlich mit dem Verständnis, das ist eine Ressource, zu der eine weiße Person keinen direkten Zugang hat. Ein Beispiel wäre die Kampagne zur Umbenennung von Straßennamen, die die Kolonialgeschichte verherrlichen oder rassistische Bezeichnungen fortschreiben, etwa im »Afrikanischen Viertel« in Berlin-Wedding. Die Kampagne zielt nicht darauf ab, hier und da mal ein Straßenschild umzuschrauben, sondern es geht um einen Perspektivwechsel in der Erinnerungspolitik. Ein sehr kontroverses Thema dabei ist die Frage nach dem Verhältnis der Shoah zu anderen Holocausten.

Vassilis Tsianos: Zu anderen Holocausten?

Joshua Kwesi Aikins: Ich verwende die Begriffe so ...

Vassilis Tsianos: Nee, nee, nee, stop! Wenn du ein Deutscher wärst, hätten wir ein Problem!

Joshua Kwesi Aikins: Für mich ist der Begriff Holocaust keine Einzelbezeichnung für die Shoah mit ihren Spezifika, sondern wurde historisch auch für andere Massenvernichtungen verwendet. Mir ist die Frage nach den Verbindungslinien zwischen diesen kollektiven Gewalterfahrungen wichtig.

Vassilis Tsianos: Das ist Liberalismus auf der Ebene der Theoriebildung! Das ist die Konsequenz dieser Haltung, dort, wo es Singularitäten gibt, Kontinuitäten herzustellen.

Joshua Kwesi Aikins: Moment, man kann nicht einfach Singulari-

tät so voraussetzen, dass man die Frage nach den Verbindungslinien nicht mehr stellen kann. Aus meiner Sicht gibt es viele klare Verbindungslinien von Deutsch-Südwest-Afrika: ideologische, persönliche...

Vassilis Tsianos: Das ist die Grenze! Die Singularität der Shoah ist die absolute Grenze dessen, was man in Deutschland verhandeln kann. Daran gibt es nichts zu rütteln. Die Deutschen wollen die absolute Freiheit davon: 70 Jahre, super, tschüss! Nein! Sechs Millionen maschinell, fabrikartig getötete Juden – das ist einmalig in der Weltgeschichte. Absolute Singularität, unverhandelbar.

Joshua Kwesi Aikins: Ich will nicht an der Singularität der Shoah rütteln. Die Zuspitzung entweder Singularität oder Kontinuität führt zu einer Hierarchisierung und blendet wichtige Aspekte aus. Wenn ich sage, man kann das Dritte Reich nicht verstehen, ohne deutsche Kolonialgeschichte mitzubedenken, fangen schon die Singularitätsreflexe an. Ein Beispiel: Vor einem halben Jahr habe ich auf einer Veranstaltung in Berlin mit Siegfried Benker diskutiert, einem langjährigen grünen Stadtrat aus München, der dort Straßenumbenennungen vorangetrieben hat. Er hat dafür gesorgt, dass eine Von-Trotha-Straße umbenannt wird in Hererostraße. (1) Für andere Straßen hat er Kommentare verfassen lassen, ganz ähnlich wie die Berliner Straßeninitiative, bei der ich mitmache. Aber in der Art, wie wir es machen, haben wir klare Unterschiede. Zum Beispiel hätte ich es besser gefunden, wenn man die Person von Trotha ersetzt hätte durch eine Person des Widerstands und nicht durch eine Gruppe. Es gibt aber noch eine tiefere Kritik, und darüber haben wir uns sehr gestritten auf dem Podium – sehr zur Verwunderung von Herrn Benker. Der Kommentar zur Swakopmunder Straße – in Swakopmund stand eines der ersten und größten deutschen Konzentrationslager in Namibia – ist in einer vermeidenden Sprache formuliert: Es gab einen »Aufstand«, und dann wurde ein »Internierungslager« eingerichtet. Darauf habe ich gesagt: Es



Solange die Norm nicht benannt wird, solange es Leute gibt, die sich als »Leute« verstehen und nicht als weiße Männer, haben wir ein Problem.

Sharon Dodua Otoo

war kein Aufstand – das ist Kolonialsprache, aus der Perspektive der Kolonialisten war es ein Aufstand –, sondern ein Befreiungskrieg. Und es war kein Internierungslager, sondern es gab vom Reichskanzler den Befehl, ein »Konzentrationslager« zu errichten. Er sagte, nein, das könne er nicht zulassen wegen seiner Verantwortung für die Singularität des Holocausts an den Juden. Er war überrascht, dass ich so ein Fass aufgemacht habe. Was das jetzt mit Critical Whiteness zu tun hat, sieht man an den Publikumsreaktionen. Diejenigen im Publikum, die älter waren als 35/40 Jahre, haben gesagt, ja, der Herr Benker hat natürlich Recht. Und die Jüngeren haben gesagt, nein, sie als weiße deutsche Person sehen das so und so, es muss »Konzentrationslager« heißen. Sie haben eine Sprecherposition eingenommen, die sich der Dynamik ungleicher Machtverhältnisse auch im Feld von Wissen und Geschichtsanalyse bewusst ist.

Serhat Karakayali: Aber warum muss man das sagen?

Joshua Kwesi Aikins: Weil es darauf verweist, dass genau diese Theorie sie dazu gebracht hat, die Hierarchisierung im Feld des Wissens auf diese Weise wahrzunehmen.

Juliane Karakayali: Ich verstehe einfach nicht, an welchem Punkt das an dein Schwarzsein oder ihr Weißsein gebunden ist.

Joshua Kwesi Aikins: Es geht um Erkenntnisräume, die qua individueller und kollektiver Erfahrungen nicht allen in gleicher Weise offen stehen. Wenn ich feministische Theorie reflektiere und auf der Basis aktiv werde, hat das eine ähnliche Bewegung. Natürlich kann ich das verwenden, auch wenn ich keine Frau bin. Aber ich muss reflektieren, dass es für mich als männlich sozialisierte und dadurch privilegierte Person Erkenntnisbarrieren gibt.

Serhat Karakayali: Jetzt ist die Frage: Was passiert, wenn ein Weißer kommt und sagt: Ich teile das nicht, der Begriff »Konzentrationslager« ruft hier im heutigen Kontext andere Assoziationen hervor. Im damaligen historischen Kontext war das der originale Begriff. Aber

heute denken wir an Auschwitz, wenn wir »Konzentrationslager« lesen. Dann sagen Leute unter Verweis auf das Critical-Whiteness-Argument: Das sagst du nur, weil du diese Erkenntnisbarriere hast. Damit wird ausgestrichen, was ich an Argumenten vorbringe.

Joshua Kwesi Aikins: Da liegt genau der Unterschied. Unsere Position ist nicht essenzialistisch. Deshalb machen wir auch Koalitionsangebote und Bildungsarbeit. Ich bin davon überzeugt, dass es produktiv ist, Leuten diese Erkenntnisressource anzubieten. Aber es geht nicht nur darum, das Wissen anzubieten, sondern auch diese Hierarchisierung zu thematisieren, um zu erkennen: Diese Hierarchie ist von Kolonialität geprägt.

Vassilis Tsianos: Ich kann das alles unterschreiben, was du erzählst. Es erinnert mich selbstverständlich an meine eigene Erfahrung in den 1980er Jahren, als wir Kanaken angefangen haben, von Rassismus in Deutschland zu reden. Die sozialdemokratische älteren Herren haben gesagt: Hör auf damit, ihr desingularisiert den Holocaust. Wir können in Deutschland nicht von Rassismus reden, Rassismus ist verbunden mit dem Holocaust. Und was ist mit uns? »Ausländerfeindlichkeit«, »Xenophobie«, »Vorurteile«. Wir haben dafür gekämpft, dass wir den Begriff des Rassismus auf unsere Situation anwenden. Deshalb würde ich auch nie dein Projekt diffamieren. Ich glaube aber, wir haben eine andere Genealogie des antirassistischen Wissens. Wir können darüber diskutieren. Aber identitätspolitische, mit weißen oder schwarzen Masken verkleidete Leute zwingen uns, eine falsche Diskussion zu führen: ob Critical Whiteness gut oder schlecht ist. Für mich ist Critical Whiteness ein produktiver Teil des globalen antirassistischen Wissens, es reflektiert eine bestimmte Erfahrung, die mit der Postkolonialität und der schwarzen Diaspora zu tun hat. Die Art und Weise, wie ich Rassismus sehe, fängt mit dem zweiten Weltkrieg an. Aber dann lass uns die Diskussion nicht so führen, wie sie uns aufgezwungen wird, von

denjenigen, die sehen wollen, ob wir uns letztendlich abfackeln. Wir sollten einen eigenen Raum der Rassismuskonversation in Deutschland entwerfen, der uns nicht vorgeschrieben wird von diskursiven Automatismen und Reflexen.

Joshua Kwesi Aikins: Du hast es gerade gesagt: Die gucken jetzt, ob wir uns abfackeln. Ich habe den Eindruck, dass sowohl dein Jungle-World-Interview, Vassilis (2), als auch euer ak-Text verwendet wurden, um die Fackeln anzuzünden: »Kanak Attack hat's ja gesagt.« Für weiße Deutsche ist es super wertvoll, wenn wir uns untereinander zerfleischen. In der Berliner Kulturpolitik wurde euer Artikel so rezipiert. »Endlich haben wir ein paar Argumente, mit denen wir uns diese nervigen schwarzen Leute vom Hals halten können.« Großes Aufatmen. Ich hätte mir gewünscht, dass einiges von dem, was du gerade gesagt hast, in beiden Texten vorgekommen wäre.

Vassilis Tsianos: Super, dann machen wir es.

Juliane Karakayali: Nein, ich möchte widersprechen! Ich möchte nochmal zu dem Beispiel von der Straßennamen-Veranstaltung zurück, mit dem ich überhaupt nicht einverstanden bin: Das, was du da auf dem Podium vertreten hast, ist eine Analyse, zu der du kommst, weil du dich kritisch mit historischen Zusammenhängen in Bezug auf den Kolonialismus beschäftigst. Dass du selbst schwarz bist, mag deine Motivation sein, das zu tun. Wenn weiße Deutsche darüber nachdenken, wie sich Erinnerungskultur verändern muss, dann ist die veränderte Zusammensetzung der Gesellschaft, die Anwesenheit schwarzer Menschen natürlich ein Grund dafür. Aber es ist keine Folge der Idee: Wir sind die Weißen, ihr seid die Schwarzen, ein bestimmter Erfahrungsraum produziert eine bestimmte Subjektivität, und nur deshalb können wir uns zum Beispiel in dieser Straßenumbenennung auf diese Weise positionieren. Für mich ist es ein Spaltungsproblem, dass man die politischen Analysen und die theoretischen Zugänge an die Herkunft der Menschen bindet.

Serhat Karakayali: Jule hat Recht. Subjektivität entsteht im Kampf, nicht aus deiner Position in der Gesellschaft. Das war in der Geschichte der Arbeiterbewegung so, und es ist im Antirassismus so. Du kannst politische Analysen und Erkenntnisse nicht allein aus den Lebensbedingungen ableiten und sagen, es ist wirklich deine Hauptfarbe, es ist wirklich dein Einkommen.

Joshua Kwesi Aikins: Aber das sagt ja keiner.

Serhat Karakayali: Da bin ich nicht so sicher, wenn wir über Erkenntnisbarrieren sprechen.

Joshua Kwesi Aikins: Es geht um eine Erkenntnisressource, es geht nicht darum zu sagen: Weil du das nicht bist, hast du für immer keinen Zugang dazu. Die Ressource garantiert auch keine automatisch richtigen Erkenntnisse, man muss darüber kommunizieren. Aber ihr macht daraus einen Theoriefehler. Ihr schreibt »Critical Whiteness dreht sich von Anfang an im Kreis«. Das tut sie nicht. 100 Jahre schwarze Theorieproduktion, die den Blick auch auf weiße Privilegien lenkt, drehen sich nicht im Kreis, weil irgendwo Leute damit verkürzt und unproduktiv agieren.

Vassilis Tsianos: Moment, du kannst nicht W.E.B. Du Bois und alle möglichen anderen Leute einfach vereinnahmen als Critical Whiteness. Es gibt einen Unterschied zwischen Critical Whiteness The-

orieproduktion und Black Experience im Kontext von Black Atlantic, das ist wirklich eine viel größere, reichere Erfahrung.

Ich würde gern noch mal zur materiellen Realität des Rassismus zurückkommen. Wir haben vorhin kurz darüber gesprochen, dass in Klassengesellschaften der Rassismus soziale Ungleichheit legitimiert...

Joshua Kwesi Aikins: Ja, hierzu gibt es eine sehr interessante Studie, deren Ergebnisse die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland jetzt veröffentlicht. Diese Studie untersucht, wie schwarze Menschen im deutschen Schulsystem speziell negativ betroffen sind. Das Ergebnis: Unterhalb des Gymnasiums wiegt Rassismus für Menschen mit afrikanischen Bezügen häufig schwerer negativ als Klassenzugehörigkeit in Bezug auf den Bildungshintergrund der Eltern positiv wirkt. Das ist deswegen bemerkenswert, weil seit der Pisa-Studie letzteres als wichtigster Erfolgsfaktor im deutschen Schulsystem gilt. Ich möchte deshalb in zwei Berliner Bezirken am Übergang von der sechsten zur siebten Klasse den Bildungsverbleib untersuchen – und zwar mit verschiedenen Rubriken von Selbstkategorisierungen. Ich oder meine Tochter sind nämlich anders von Rassismus betroffen als türkischstämmige oder asiatische Deutsche. Und genau darüber hätte ich gern Daten. Die Daten über schwarze Menschen werden aber nicht gesondert erhoben.

Juliane Karakayali: In meinen Augen ist das Problem einer Erhebung, wie du sie vorschlägst, dass sie so tut, als könnte man die Gruppen tatsächlich so feinsäuberlich voneinander trennen, wie es auch das Phantasma der Segregation tut.

Joshua Kwesi Aikins: Die Kategorien müssen flexibel sein und in Abstimmung mit den Communities ausgehandelt werden, aber sich dahinter zu verstecken, dass es essenzialisierend wäre, die Zahlen zu erheben, bedeutet, dass struktureller Rassismus einfach nicht beweisbar ist in seiner Differenziertheit und in seinen Effekten. Und das ist das Gegenteil von Empowerment.

Die GesprächsteilnehmerInnen

Juliane Karakayali ist Soziologieprofessorin an der evangelischen Hochschule Berlin.

Vassilis Tsianos lehrt Migrationssoziologie an der Uni Hamburg.

Serhat Karakayali ist Gastwissenschaftler an der Uni Hamburg. **Vassilis Tsianos** und **Serhat Karakayali** waren gemeinsam im Netzwerk *Kanak Attack* aktiv. *Alle drei sind Mitglieder im Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung.*

Sharon Dodua Otoo ist Autorin und gibt im Verlag *edition assemblage* die Buchreihe »Witnessed« heraus.

Joshua Kwesi Aikins ist Politikwissenschaftler und Doktorand an der Uni Bielfeld und setzt sich für die Umbenennung kolonialer Straßennamen ein. **Joshua Kwesi Aikins** und **Sharon Dodua Otoo** sind aktiv in der Initiative *Schwarze Menschen in Deutschland*.

Vassilis Tsianos: Eine Sache ist mir heute klar geworden. Ihr sagt, unsere Argumente werden von denjenigen benutzt, die nur darauf gewartet haben, endlich vom Rassismusvorwurf befreit zu werden. Dazu möchte ich denen sagen, die sich durch unseren Text ermächtigt fühlen, im Namen der kritischen Rassismusanalyse den Ort der schwarzen Erfahrung im rassistischen Kontinuum Deutschland zu missbrauchen oder zu negieren: Wir weisen das absolut zurück! Critical Whiteness gehört zum Kosmos der kritischen Rassismusanalyse dazu. Trotzdem sind bestimmte Aspekte der Critical Whiteness Theorieproduktion und Praxis problematisch. Über den Begriff des Privilegs haben wir angefangen zu diskutieren. Der Begriff der Dominanzverhältnisse ist ebenfalls problematisch. Wir haben also eine Spannung innerhalb der kritischen Rassismusanalyse in Deutschland. Ich hoffe, ihr habt umgekehrt verstanden, warum wir unsere Intervention gemacht haben. Vor allem mein Interview in der Jungle World hatte eine Fatwa-Funktion. Ich wollte die Leute unterstützen, mit denen ich – nicht ohne Konflikte – jahrelang antirassistische Politik gemacht habe. Mein Motiv war, die real existierende Anwendung von Critical Whiteness zu kritisieren, die die transnationale No-Border-Zusammenhänge zerstört. Denn das ist eine Ideologie der Diskurs-hygiene.

Joshua Kwesi Aikins: Ich habe das verstanden. Trotzdem habe ich euer Schweigen danach als unsolidarisch empfunden, es hat den falschen Leuten geholfen.

Vassilis Tsianos: Ich habe von den Auseinandersetzungen um den Text überhaupt nichts mitbekommen. Zwei Blog-Texte habe ich gelesen, das war's. Ich mache Veranstaltungen zu Rassismus überall in Deutschland, auch in Berlin. Keiner ist gekommen! Nicht mal eine Mail hat uns erreicht. Wir leben in unterschiedlichen Diskursen. Ich habe keine Zeit, mir stundenlang Websites anzusehen, ich stelle mich der Debatte, aber die Leute diskutieren nicht. Meine Konsequenz daraus ist: Wir brauchen neue Formate, in

denen wir miteinander diskutieren können. Es geht nur durch sich treffen, streiten, Sachen tun.

Habt ihr eine Erklärung dafür, wieso die Diskussion zum Beispiel auf dem No Border Camp letztes Jahr überhaupt so heftig geführt wurde, wieso diese Art der Rezeption so einschlägt?

Juliane Karakayalı: Ich glaube, dass ein Grund darin besteht, dass es anstrengend ist, politische Konflikte zu bearbeiten. Und um einen politischen Konflikt geht es ja. Viele Leute versuchen dann, es »polizeilich« zu lösen, durch die Frage, wer darf zu welchem Thema etwas sagen, wer hat am meisten Recht. Das ist ein sehr bequemes Vorgehen, denn es ist einfach, durch solche Rechnereien das Gefühl zu erzeugen, auf der richtigen Seite zu stehen im Sinne der möglichst kritischsten Position. Eine ähnliche Dynamik hatte bisweilen auch der Konflikt um antideutsche Positionen. Aber in diesem Vorgehen verschwindet das Politische: sich miteinander auseinandersetzen, Konflikte austragen, gemeinsame Deutungen entwickeln, die eine Weile tragen. Und bequem ist es auch deshalb, weil am Ende daraus keine Politik folgen muss.

Wenn ihr die ständige Reflexion über Privilegien als unproduktiv beschreibt, wie sollte man es anders machen?

Serhat Karakayalı: Es muss eine Möglichkeit geben, daraus nicht identitäre Zuschreibungen abzuleiten. Identitäten und Positionen sind undynamische Begriffe, solche Begriffe stellen die Dynamik der Veränderung still. Mir geht es darum, dynamische Begriffe zu erzeugen, mit denen wir eine Veränderung denkbar machen.

Joshua Kwesi Aikins: Ich denke weiterhin, dass diese Reflexion wichtig ist. Vielleicht ist das auch ein Beitrag zur Frage nach der Heftigkeit der Diskussion: Es gibt sozialwissenschaftliche Studien, die sich empirisch mit der Dynamik der Leugnung beschäftigen, wie die von Philomena Essed oder speziell für den deutschen antirassistischen Kontext »Rassismus wider Willen« von Anja Weiß. Es gibt das Modell von Paul Gilroy: Wenn ich dir eine

Unterdrückungserfahrung schildere und du bist privilegiert, dann weist du das erstmal zurück. Ich insistiere, und irgendwann fühlst du dich schuldig, weil du siehst, dass du auf der anderen Seite des Privilegs bist. Die Schuld wandelt sich in Scham, du erkennst: Oh, der Unterschied ist relational. Und irgendwann erkennst du vielleicht an, was ich sage. Daraus sollten sich dann »Reparationen« ergeben – was auch symbolische Reparationen einschließt, nämlich die Anerkennung einer anderen Perspektive auf diese geteilte Geschichte. Diesen Ablauf erlebe ich selbst immer wieder. Durch die Rezeption von Critical Whiteness gibt es inzwischen viel öfter produktive Diskussionen darüber als noch vor ein paar Jahren.

Serhat Karakayalı: Ich bin nicht einverstanden, dass diese Sicht auf rassistische Strukturierungen und Erkenntnisbarrieren erst mit diesen Konzepten möglich ist. Da gibt es noch eine ganz andere Geschichte, die sich das auch historisch anders anschaut. Ich möchte das mit einem Zitat des Black Panther Aktivistin Bob Lee aus Chicago veranschaulichen, der 1968 mit Blick auf die Rainbow Coalition der 1960er Jahre (3) sagte: »There's nothing wrong with the process of building pride in yourself, your community, your culture and people. However, some people got stuck in that phase and never moved beyond it. Rainbow coalition was just a code word for class struggle.« Das zweite: Ich war vor einer Weile auf einer Postcolonial-Studies-Konferenz an der Humboldt Universität in Berlin. Dort sagte eine Professorin sinngemäß: »Ich will, dass meine weißen deutschen Studentinnen sich richtig schlecht fühlen, damit die mal sehen, wie das ist.« Diese Konzepte gibt es auch in Awareness-Trainings. Scham und Schuld sind aber grotesk-wahnsinnige Ansatzpunkte, um etwas, was progressiv, emanzipatorisch, fortschrittlich sein soll, hervorzubringen. Scham, Schuld und vor allem Angst führen immer in die Reaktion, wir brauchen etwas anderes. Du sagst, es ist nicht deine Strategie das hervorzurufen, es entsteht durch Abwehr.

Aber letztlich reden wir über einen ganz kleinen Kreis von Leuten, die antirassistische Szene. Wir reden gar nicht über Leute, die überhaupt kein Problem damit haben, sich rassistisch zu äußern. Und da ist diese Strategie für mich ein Missverhältnis, ich finde sie unproduktiv, weil wir damit nicht die Leute erreichen können, die wir gewinnen müssten, um diese Gesellschaft vom Rassismus zu befreien.

Sharon Dodua Otoo: Für mich ist das ein Missbrauch, wenn manche Leute das so auslegen, wie ihr beschreibt. Ich muss pragmatisch zurück zu meiner Situation als schwarze Mutter in Deutschland. Wenn es um die Kinderbuchdebatte geht und ich mich dazu äußere, werde ich von der Mehrheitsgesellschaft nicht als Expertin wahrgenommen, sondern höchstens als »Betroffene«. Deswegen ist es wichtig, dass Leute aus verschiedenen Positionen die Kinderbuchdebatte kritisieren. Wenn ich mich als schwarze Frau positioniere, wird mir vorgeworfen – das lese ich in den Kommentaren –, dass ich mich als Opfer konstruieren will, dass ich immer klagen und weinen will. Ich benutze »schwarze Frau« aber als politische Selbstbezeichnung, um mich auf eine Widerstandsgeschichte mit anderen schwarzen Frauen zu beziehen und in diesem Kontext weiter zu agieren. Ich arbeite politisch gern mit anderen zusammen, aber ich will wissen, mit wem ich arbeite. Die politische Positionierung ist für mich ein Code, um zu erkennen, wer die Leute sind, ob ich mit ihnen eine gemeinsame Sprache habe.

Joshua Kwesi Aikins: Mir fällt immer wieder auf, dass ihr unsere Position monolithisch konstruiert. Zum Beispiel, Serhat, wenn du sagst, das muss auch anders gehen. Du gestehst zu, dass ich nicht absichtlich auf Schuld und Scham abziele. Ich denke auch nicht, dass man Schuld und Scham empfinden muss, um einen Erkenntnisprozess in Gang zu setzen. Diese Abwehrreflexe sind aber oft da, zum Beispiel wenn ich sage, dass es sich bei den Lagern in Namibia um Konzentrationslager handelt. Die Abwehrreaktionen kommen daher,

dass es Teil des deutschen identitären Selbstverständnisses ist, gute Aufarbeitung geleistet zu haben. Und wenn ich dann die Geschichte verkompliziere, indem ich sage, in Bezug auf den deutschen Kolonialismus gab es keine Aufklärungsarbeit, merken die Leute: Oh Gott, jetzt habe ich aber nicht alles getan, was ich tun muss, um ein guter Deutscher zu sein. Dann schlagen die Emotionen hoch, aber ohne dass ich pädagogisch darauf hingewirkt hätte. Das andere ist: Ich denke, man kann Identitätspolitik auch nicht rundweg ablehnen. In Deutschland erkennen viele Leute Rassismus nicht als Struktur an. Sie individualisieren und entschuldigen ihn. Vor diesem Hintergrund ist die Konstruktion von Kollektivität als Schwarze oder PoC– und darin gibt es identitäre Momente – ein wichtiger Bestandteil von Empowerment.

Sharon, du schreibst in einem Artikel (4), dass schwarze Kulturproduktion in einem weißen Kunstumfeld immer nur als Korrektiv der als Norm geltenden weißen Kulturproduktion wahrgenommen wird, und stellst die Frage, wie wir zu einem Raum kommen können, in dem schwarze Kulturproduktion nicht auf diese Rolle festgelegt ist. Aber ein Raum jenseits des Bezugs auf die unsichtbare weiße Norm – kann es den überhaupt geben?

Sharon Dodua Otoo: Ich würde sagen: Solange die Norm nicht benannt wird, solange es Leute gibt, die sich als »Leute« verstehen und nicht als weiße Männer, die die Ressourcen haben und Kunst produzieren oder darüber entscheiden, was als Kunst gilt, haben schwarze Künstler kaum Möglichkeiten, da reinzukommen. Aber wenn weiße Kulturschaffende sagen, wir haben eine bestimmte Perspektive, es gibt aber verschiedene Perspektiven, die uns interessieren, und deshalb verteilen wir die Zugänge anders, dann haben wir die Möglichkeit, in einen anderen Raum zu kommen. ●

Eine kürzere Fassung des Gesprächs erschien in ak 584 / 21.6.2013

Anmerkung:

1) Lothar von Trotha war Kommandant der deutschen Truppen in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) und gab im Jahr 1904 den Befehl, der als Grundlage des Völkermordes an den Herero gilt.

2) In einem Interview mit der *Jungle World* hatte Vassilis Tsianos »moralisierende« und »identitäre« Praktiken von AktivistInnen, die sich auf Konzepte der Critical Whiteness berufen, beim No Border Camp im Sommer 2012 in Köln heftig kritisiert. (»Die deutsche Linke wurde längst migrantisiert«, *Jungle World* vom 9. August 2012.)

3) Die *Rainbow Coalition* war ein antirassistisches Bündnis in den USA, das in den späten 1960er Jahren in Anschluss an die Bürgerrechtsbewegung gegründet wurde. Ihm gehörten etwa die *Black Panther Party*, die *American Indian Movement* und die *Young Lords* (eine Zusammenschluss von US-AmerikanerInnen puertoricanischer Abstammung) an, aber auch *Community Organisations* wie die *Young Patriots Organization*, die in weißen Armenvierteln aktiv waren und sich mit dem antirassistischen Kampf der *Black Power Bewegung* solidarisierten. Es ist nicht zu verwechseln mit der *Rainbow Coalition*, die aus der Wahlkampagne des US Bürgerrechtlers Jesse Jackson zur Präsidentschaftswahl 1984 entstand.

4) Sharon Dodua Otoo: *Correct me if I am (politically) wrong. »Echte« Kunst, Elitarismus und weiße Wahnvorstellungen der Erhabenheit.* Erschienen am 3. März 2012 in der Zeitschrift *Bildpunkt* der IG Bildende Kunst aus Österreich.

IB

ak-LeserInnen, ak-Leser_innen oder ak-Leser*innen?

Die Frage, ob linke Publikationen das Binnen-I, den Unterstrich oder das Sternchen verwenden (oder ob sie auf solche Konstruktionen ganz verzichten), ob sie »Schwarze Menschen« oder »schwarze Menschen« schreiben, ob sie »weiß« kursiv schreiben oder nicht, ist zu einem heiß diskutierten Thema geworden. Dahinter stecken einige einfache, aber folgenreiche Fragen: Welchen Anteil hat Sprache an der Produktion gesellschaftlicher Realität? Kann eine andere Sprache die Wirklichkeit verändern? Und ist »herrschaftsfreie« Sprache überhaupt möglich?

Lann Hornscheidt, Hannah Wettig und **Sharon Dodua Otoo** haben recht unterschiedliche Antworten.

Dynamische Sprache gegen Herrschaft und Diskriminierung

Sprachpraxis ist politischer Bewegung nicht nachgeordnet - Interview mit Lann Hornscheidt

Interview: Ingo Stützle

Wikipedia behauptet, der Unterstrich, der mancherorts das Binnen-I abgelöst hat, sei in der Zeitschrift *arranca!* 2003 erfunden worden. Dass der Unterstrich Jahre zuvor Schreibpraxis und Debatten in Queer- und Trans-Zusammenhängen prägte, unterschlägt der Beitrag und verrät somit viel über vorherrschende Geschichtsschreibung. Über das Verhältnis politischer Bewegungen und Sprache, Unterstrich und andere Formen feministischer Schreibpraxis sprach ak mit Lann Hornscheidt.

Sprache strukturiert die Wahrnehmung und wirkt auf die gesellschaftliche Realität zurück. Ich frage mich, wie stark und was das treibende Moment ist. Das Binnen-I hat sich erst mit einer starken Frauenbewegung in den 1970er und 1980er durchsetzen können - nicht anders herum. Was ist denn das Verhältnis von Sprache und sozialen Veränderungen?

Lann Hornscheidt: Sie meinen, das Binnen-I hat sich durchgesetzt?

Zumindest ist es Dudenkonvention.

Seit drei Jahren! Das hat ja ewig gebraucht. Und: In welchen Medien taucht es denn auf? In keinen. Die taz rühmt sich damit und benutzt es nicht. Der Mythos, das Binnen-I

habe sich durchgesetzt, ist echt ein Phänomen.

Zu Ihrer Frage: Ich mache keine Trennung zwischen einer gesellschaftlichen und einer sprachlichen Veränderung. Ich glaube, dass Sprachpolitik immer ein ganz wichtiger Teil von politischen Bewegungen ist und war. Immer wenn sich neue Bewegungen herausgebildet haben, waren zentrale Fragen: Wie benennen wir uns, wie reden wir über andere und welche Sprachformen benutzen wir?

Bis das Binnen-I im akademischen Betrieb Eingang gefunden hat und von der Feministin Luise Pusch in Publikationen eingeführt wurde, verwendeten es bereits über zehn Jahre Bewegungen in ihren politischen Arbeitszusammen-

hängen und in grauer Literatur. Strategische Sprachveränderungen markieren meist den Beginn einer politischen Bewegung und sind ihr nicht nachgeordnet. Wer darf wo wie sprechen? Wer hört zu? Wer wird wie benannt? Das gilt für unterschiedliche Transbegriffe ebenso wie für Fragen nach Sexismen, Ableismus (1) und Rassismus.

Das hört sich fast so an, als hätten wir keine gemeinsame Sprache.

Die traditionelle Linguistik geht davon aus, dass es ein Sprachsystem und die »gelebte« Sprache nur eine Realisation dieses Sprachsystems ist. In einer konstruktivistischen Sicht, wie ich sie verrete, gibt es kein Sprachsystem hinter der Sprache.

Eine Analogie: Für Judith Butler ist Sex die Naturalisierung einer sozialen Ebene, Gender. Ich würde sagen, die Unterstellung eines Sprachsystems ist die Naturalisierung von Sprache. Dadurch werden herrschende Konventionen naturalisiert, also auch woran sich Menschen halten und was sie lernen müssen.

Also gibt es auch keine neutrale Sprache?

Genau. Vor dem Hintergrund meiner Forschung und Erfahrung macht es Sinn, möglichst spezifisch zu sein, und es gibt ganz wenige Kontexte, wo ich sagen würde, dass ich alle ansprechen will. Ich würde mir immer die Frage stellen, was ich zum Ausdruck bringen will und ob Gender eine Rolle spielt. Allgemeine Formulierungen, bei denen möglichst alle gemeint sein sollen, machen wenig Sinn, weil dann meist etwas schön geredet und verdeckt wird. Extrembeispiel: Wenn das Wort »Nazitäter« mit Unterstrich geschrieben wird. Nazis nehmen Menschen, die sich nicht in Zweigeschlechtlichkeit wiederfinden weder war, noch akzeptieren sie sie.

Bedeutet es, dass es auch nicht eine richtige Sprachform gibt?

Ja, so würde ich das sehen. Spielt in einer verhandelten Diskussion oder Konstellation Gender eine Rolle, oder stelle ich es als relevant her, indem ich eine bestimmte Form benutze? Wenn ich von »MusikerInnen« schreibe und es



Ich trenne nicht zwischen einer gesellschaftlichen und einer sprachlichen Veränderung.

sind nur Männer, macht das keinen Sinn. Eine möglichst allgemeine Form ebensowenig. Ich glaube aber nicht, dass Gender in der Musik keine Rolle spielt, und es ist möglich, mit der Sprache darauf hinzuweisen.

Anderes Beispiel: Wenn jemand im Bereich »Genderstudies« in eine Funktion gewählt wird und diese dann als »Sprecher_in« ausgezeichnet, obwohl sich die Person als Frau versteht, dann finde ich das problematisch. Ich finde es wichtig, dass Formen wie der Unterstrich nicht vereinnahmt werden von Menschen, die sich als »Frau« oder »Mann« verstehen.

Wenn möglichst alle angesprochen werden sollen, ist Binnen-I nicht mehr zeitgemäß. Der dynamische Unterstrich ist eine mögliche Form, mit der sich momentan mehr Personen angesprochen fühlen. Mit dem Binnen-I fühlen sich nicht alle angesprochen – ich zum Beispiel.

Mit dynamischen Unterstrichformen werden auch diejenigen angesprochen, die sich nicht in der Zweigeschlechterung wiederfinden. Einige verwenden ihn aber auch, um zu zeigen, dass sie zeitgemäß sind. Aber Sprache ist ja mehr als Fassade. Mit jeder Äußerung sollte Gesellschaft verändert werden. Wichtig ist, sich die Frage zu stellen, um welche Form von Sexismus es geht.

Ich stelle immer die Frage in den Vordergrund, für wen ein Text geschrieben wird. Ein Text wird anders geschrieben, wenn danach gefragt wird, für wen wir einen Text eigentlich schreiben, wer wie angesprochen wird und wem wir die Möglichkeit geben, sich mit dem Text zu identifizieren. Ich habe meine eigene Sprachpraxis über die Fragen sehr stark verändert.

Was ist mit Varianten wie »Studierende«?

Bei dieser Form ist ja die spannende Frage, warum sie sich so schnell durchsetzen konnte. Studien haben gezeigt, dass bei der scheinbar neutralen Formulierung weiterhin die gängigen sexistischen Vorstellungen abgerufen werden. Das Wort »Studierende« ruft die Assoziation »Studenten« ab – ein Grund, warum es sich so schnell

durchgesetzt hat. Die Konzeptionen, die wir im Kopf haben, sind prototypisch so stark, dass wir eben doch nicht alle ansprechen, auch wenn wir glauben, mit einer bestimmten Sprachform alle anzusprechen.

Umgekehrt glaube ich, dass eine Entwicklung von »oben« keinen Sinn macht. Eine Verpflichtung auf eine Sprachpraxis verändert die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht, auch wenn sie das Leben leichter macht, da ich nicht immer mit diskriminierenden Sprachhandlungen konfrontiert bin.

Es gibt auch identitäre Debatten, die eine andere Sprachpraxis einklagen ...

Das bringt gar nichts. Es ist wichtig, Angebote zu machen und Reflexion anzustoßen. Sonst werden nur Abwehrreflexe aktiviert.

Aber wie soll Schreiben »ohne Regeln« möglich sein?

Dabei ist meist vor allem eines wichtig: Hinhören. Denjenigen, denen das wichtig ist, wie über sie gesprochen wird und wie sie angesprochen werden möchten, sagen das meist auch. Ich würde Leute jedoch nicht in die Position bringen, sich outen zu müssen, indem man ihnen zum Beispiel eine Frage stellt. Es ist wichtig, dass sie sich selbst entscheiden können. Für diejenigen, die schreiben, ist es wichtig, Verantwortung für das zu übernehmen, was sie wie schreiben.

Das vielleicht nochmals zum Verhältnis von Sprache und gesellschaftlicher Veränderung: Es muss immer eine gesellschaftliche Reflexion mit einhergehen. Wenn Menschen etwas reflektieren und etwas verändern wollen, dann wollen sie auch ihre Sprache verändern.

Wie ist denn das Verhältnis von Form und Inhalt? Gebrauchsanweisungen, politische Texte oder Romane sind ja recht unterschiedlich. Bei Romanen hat es sich kaum durchgesetzt, obwohl hier viel Spielraum wäre. So liegen andere Schreibweisen bei Sibylle Bergs neuem Buch »Danke für das Leben« nahe, weil die Hauptfigur Toto intersexuell ist. Oder lenkt die Sprache vom Inhalt ab?

Auch hier würde ich die Unterscheidung nicht machen.

Was ist der Inhalt jenseits der Form? Was soll der Inhalt jenseits der Form sein? Form und Inhalt gehören zusammen. Eine Form, die scheinbar nicht vom Inhalt ablenkt, ist ja auch eine Form, eine die – bestimmten, zumeist privilegierten Personen – eben bekannt ist, nicht irritiert und nicht herausfordert. Damit werden aber auch gegenderte Vorstellungen bestätigt. Das spricht für einen kreativeren Umgang mit Texten.

Haben Sie den Roman von Berg gelesen?

Ich habe angefangen, habe dann aber abgebrochen. Er war mir zu krass. Er war mir zu schnoddrig geschrieben. Ich mag eigentlich ihre Sachen, aber ich fand es zu heteronormativ und zu zweigegendert. Es ist nicht respektvoll. Wenn es ein Intersex-Buch sein soll, dann heißt es eben auch, dass niemand falsch zugeordnet werden sollte. Das passiert aber ständig.

Dann ist das Buch also eher konservativ, weil sie sich nicht getraut hat, eine neue Form zu entwickeln, obwohl es die Hauptfigur gebraucht hätte. Vielleicht ist es auch den Konventionen des Verlags geschuldet.

Auf jeden Fall greifen Verlage oft stark ein. Katharina Hacker wollte in ihrem Roman »Alix, Anton und die anderen« zwei parallele Spalten, mit denen sich die Geschichten gegenseitig ergänzen. Der Verlag wollte das nicht. Das würde zu arg verwirren. Der Verlag hat dann einfach eigenmächtig eine Spalte schmaler gemacht, das Buch in geringer Auflage gedruckt und nicht wieder aufgelegt. Sie hat daraufhin Suhrkamp verlassen, weil die Form der Geschichte wichtig war und der Verlag sie de facto zerstörte.

Ist Literatur für Sprachpraxis wichtig?

Sprachliche Veränderungen fangen ganz häufig in der Literatur an. In Schweden ist gerade eine neue Pronominalform eingeführt worden: »hen«. Neben der männlichen Form »han« und der weiblichen »hon«. Hintergrund ist, dass es in einem Kinderbuch und einem Roman benutzt worden ist, als neutrale, dritte Form Singular, um nicht »er« oder »sie« sagen zu müssen.

Diese Entwicklung macht mich aber eher skeptisch als froh, weil ich glaube, dass die Form von den staatlichen Institutionen hegemonial vereinnahmt wurde. Wenn die Leute jetzt »hen« verwenden, machen sie sich wahrscheinlich keine Gedanken mehr darüber, was damit verbunden ist. Die Gesellschaft ist deshalb nicht weniger sexistisch, und es ist eben nach wie vor wichtig, dass es in einer bestimmen Frage um Frauen geht und eben nicht um eine nichtgegenderte Norm.

Heute sind vielleicht eher Spoken-Word-Performances oder Websites für die Auseinandersetzung mit den Wirkungen von gegenderten Appellationsformen wichtiger.

Was ist, wenn kommendes Jahr DIE WELT den Unterstrich verwendet?

Dann ist sicher irgendwas falsch gelaufen. Dann ist der Unterstrich entweder vereinnahmt, verunglimpft oder humoristisch aufbereitet. Aber es hat sich gesellschaftlich sicherlich nichts verändert. Es ist jedoch schwer zu sagen, wann das kritische Potenzial einer Form weg oder vereinnahmt ist. Es wird wohl immer eine Gratwanderung sein und eine ständige Auseinandersetzung bleiben. ●

Lann Hornscheidt lehrt Gender Studies und Sprachanalyse am Zentrum für Transdisziplinäre Geschlechterstudien der HU Berlin. Mehr unter lannhornscheidt.com

Zuerst erschienen in *ak* 577 / 16.11.2012

Anmerkung:

1) Behindertenfeindlichkeit, Diskriminierung von Menschen mit eingeschränkten körperlichen oder geistigen Funktionen (science-at-home.de).

Das Gender Gap

*bezeichnet die folgende gegenderte Schreibweise mit Unterstrich, etwa Feminist_innen. Das Gender Gap ersetzt bei dieser Schreibweise das Binnen-I, soll das binäre System von Mann/Frau aufbrechen und Raum für weitere Identifikationen ermöglichen. Der dynamische Unterstrich, der nicht immer an der gleichen Stelle ist (Beispiel: Fem_inistinnen), soll verhindern, dass der Unterstrich weiterhin die maskuline Form hervorhebt und soll verdeutlichen, dass es nicht einen festen Ort gibt, an dem ein Bruch in Zweigenderung stattfindet, etwa zwischen Mann/Frau. Statt des Unterstrichs wird oft auch das Gender-Sternchen benutzt (Bsp.: Feminist*innen). Die x-Form, stark verbreitet in lateinamerikanischen Ländern, versucht durch das Voranstellen oder die Einfügung eines x als Durchkreuzungssymbol verschränkte Diskriminierungsformen und etwas Unbestimmtes deutlich machen. Auch kann etwa die Form sein/ihr in Form von xsens ersetzen. x ist antigenderistisch und fordert jegliche Formen von Genderungen heraus.*

Nur für Eingeweihte

N-Wort, Sl*ts und Triggerwarnung – die neuen linken Sprachpraktiken schaffen vor allem eines: neue Ausschlüsse

Von Hannah Wettig

Seit den späten 1960er Jahren ist Sprache zum politischen Kampfplatz der Linken geworden, zunächst in den USA, spätestens ab den 1980er Jahren auch in Deutschland. »Schwarz« wurde durch »afrodeutsch« ersetzt, »behindert« durch »körperlich eingeschränkt«, »Integration« durch »Inklusion«. Die Idee dahinter ist, dass sich Bewusstsein durch Sprache ändern ließe – oder genauer gesagt, durch Wörter.

Der neueste politische Diskurs schreibt eine Sternchen- und Bindestrich-Sprache. In der Blogosphäre liest man nun von V*rg*w*lt*g*ng, von Sl*twalk und dem N-Wort. Dazu gibt es meist noch eine »Triggerwarnung«, die vor Wörtern warnen soll, die belastende Situationen heraufbeschwören können. Beispiel: Eine Bloggerin macht sich Gedanken darüber, wie sie rassistische Wörter in

Kinderbüchern umgehen kann. Ein Problem stellt für sie Pippi Langstrumpf dar, weil deren Vater ein »Negerkönig« ist. Sie sagt stattdessen »König auf einer Südseeinsel«. Ein anderer Blog verweist positiv auf diesen Beitrag, spricht aber eine Triggerwarnung aus, weil das »N-Wort ausgeschrieben« sei.

Unterstrich und Sternchen – mehr als eine Spielerei?

Die Bindestriche und Sternchen haben Anhänger der Critical-Whiteness-Theorie für sich entdeckt. Wer verstehen will, was es damit auf sich hat, kann das im Buch »Rassismus auf gut deutsch« von Adibeli Nduka-Agwu und Antje Lann Hornscheidt nachlesen. Allerdings müsste man wohl auch hier eine Triggerwarnung aussprechen: Nur für AbsolventInnen eines geisteswissenschaftlichen Hochschulstudiums verständlich! Das Frauen-Online-Magazin Aviva urteilt über das Buch: »Es schafft sich eine eigene Zeichensprache, die wohl nur noch die beteiligten AutorInnen wirklich zu dekodieren wis-

sen. Mit der gesprochenen Alltagssprache haben diese buchstäblichen Versuche, die Weltordnung in neue Fugen zu bringen, weniger zu tun. Sie bleiben bis zu einem gewissen Punkt eine wissenschaftliche Spielerei.«

Gegen Spielereien ist nichts einzuwenden. Eine andere Autorin der Critical Whiteness beginnt ihr Buch damit sehr effektiv: Noah Sow beschreibt in »Deutschland Schwarz-Weiß« ihre Herkunft: über ihre Großmutter, die 16 Geschwister hatte, über die Schwierigkeiten ihrer Nation, bei all den Dialekten eine gemeinsame Sprache zu finden, bis zum abscheulichen Brauch, Schädel zu bemalen und ins Wohnzimmer zu stellen. Wer ihr Foto sieht, denkt, sie schreibe über eine afrikanische Familie. Aber nein: Sie meint ihre deutsche Großmutter. Den Brauch mit den Schädeln gibt es tatsächlich im Süddeutschen. Es ist das Spiel: Stell dir vor, die Welt wäre anders herum. Dasselbe Konzept wandte schon der feministische Klassiker »Die Töchter Egalías« an. Darin sind

die Rollen vertauscht. Das Herrlein macht die Küche und wird von seiner Frau nicht geheiratet, weil die sich über bürgerliche Normen hinwegsetzen will. Bis ins Detail arbeitet Gerd Brantenberg mit dieser Methode Geschlechterunterschiede heraus.

Seit der Lektüre vor 20 Jahren wende auch ich die Methode des Umdrehens an, um zu beurteilen, ob etwas sexistisch oder rassistisch ist. Das hat Grenzen. In einem Blogbeitrag auf Mädchenmannschaft.net (»Die Politik Schwarzer Haare«) ließ kürzlich eine Autorin ihrer Wut freien Lauf, weil eine Friseurin ihre »Negerlöckchen« gelobt hatte. Stelle ich mir vor, dass etwa in Ägypten ein Friseur meine »Germanenhaare« lobte, würde mich das nicht irritieren, weil, wie Noah Sow richtig schreibt, ich damit aufgewachsen bin, dass an meinem Weißsein nichts Anstößiges ist.

Es gab aber Situationen, die mich betroffen und wütend gemacht haben. Als ich für ein Jahr in den USA zur Schule ging, saß in jedem B-Western in Anlehnung an die Marlene im Blauen Engel eine laszive Blondine auf dem Klavier. Da diese Dame stets mit deutschem Akzent sprach, fanden meine Mitschüler den Akzent sexy, also auch mich. Dass ich qua Nationalität zum Sexobjekt stilisiert wurde, fand ich nicht witzig. Als dann auch noch ein Mitschüler mich als St-Pauli-Girl bezeichnete, rastete ich aus. Der arme Kerl war erschüttert, hatte er sich doch auf eine Biermarke bezogen, die in Milwaukee hergestellt wurde, von der er aber glaubte, ich müsse sie kennen, weil sie als deutsch vermarktet wurde. Er wusste nicht, dass der Hamburger Stadtteil St. Pauli berühmt für seine Prostituierten war. Heute, da St. Pauli ein hipper Szenekiez geworden ist, würde eine junge Deutsche im Austauschjahr vielleicht nicht mehr wütend werden. Die Sache hat sich geändert und damit die Bedeutung des Wortes.

Wenn ich mit dem Bezeichneten etwas Positives verbinde, dann kann das einstmals degradierende Wort sogar eine positive Konnotation bekommen. Das hat im politischen Diskurs die Schwulenbewegung geschafft. Spätestens seit der Selbstbe-


Welches Wort ich benutze, ändert nichts, solange sich die Verhältnisse nicht ändern.

zeichnung eines Bürgermeisters »Ich bin schwul, und das ist auch gut so« ist aus dem Schimpfwort ein Synonym für Urbanität, Modernität und Erfolg geworden. Das hat funktioniert, weil die Schwulen in ihrem politischen Kampf das Wort beibehalten haben und auch, weil es ein einfaches Wort ist.

»Migrationshintergrund« oder People of Color

Etwas Ähnliches haben die Leute von Kanak Attak versucht, indem sie sich das Wort »Kanake« positiv angeeignet haben. Das hat weniger gut funktioniert, auch wenn mancher Rapper sich als »Kanake« bezeichnet. Die positive Aneignung konnte nicht glücken, da die tatsächlichen Gegebenheiten sich nur wenig geändert haben. Ob jemand nun »Kanakan« sagt oder »Menschen mit Migrationshintergrund«: Bei dem/der ZuhörerIn entsteht das Bild eines Menschen, der weniger gebildet und weniger erfolgreich ist, im schlimmeren Fall wird auch noch Kriminalität, Frauenfeindlichkeit oder religiöser Fanatismus assoziiert. Keines dieser Vorurteile wird korrigiert, wenn man stattdessen von »People of Color« spricht.

Welches Wort ich benutze, ändert nichts, solange sich die Verhältnisse nicht ändern. Im Gegenteil: Immer neue und unförmigere Wörter problematisieren das Andere, wo es gar nichts zu problematisieren geben müsste. So ist es beim N-Wort, das seinen sprachlichen Vorläufer im »F-word« hat. »F-word« sagt man im Englischen, um »Fuck« zu vermeiden, etwa wenn man jemanden zitiert: »He used the f-word.« Man verzieht dabei regelmäßig den Mund und zeigt damit, dass es sich um etwas Anstößiges handelt. Gemeint ist, dass die Bezeichnung anstößig ist. Empfundener wird aber, dass es auch das Bezeichnete ist.

Wortkonstruktionen ohne politischen Nutzen

Man stelle sich vor, jemand erzählt von den neuen NachbarInnen. Der Satz »Die haben einen Migrationshintergrund« klingt wie eine Diagnose. Da könnte selbst das wenig politisch bewusste »Das sind Ausländer« weniger negative Gedanken

wecken.

Dass die Fülle an neuen Wortkonstruktionen keinen politischen Nutzen hat, dürfte den akademischen VertreterInnen von Critical Whiteness bewusst sein. Nichtsdestotrotz begreifen sie ihre Neufindungen keineswegs als Spielereien, sondern als neues Dogma. Eine Kernthese von Adibeli Nduka-Agwu und Antje Lann Hornscheidt ist, dass »jedes Nichteingreifen in rassistische SprachHandlungen eine rassistische SprachHandlung (ist)«. Nicht nur handelt also die Friseurin rassistisch, weil sie nicht weiß, dass man »Negerlöckchen« nicht sagt, sondern auch die KundInnen, die daneben sitzen und sie nicht zu rechtweisen. Der Aktivist, der vor Jahren aus Afghanistan geflohen ist, handelt rassistisch, wenn er die Menschen, für deren Rechte er kämpft, als »Flüchtlinge« bezeichnet, und ich, wenn ich nicht eingreife und ihn darauf hinweise, dass es »Geflüchtete« heißt.

Eine solche Herangehensweise schafft mehr Rassismen, Klassismen und Sexismen, als sie zu bekämpfen vorgibt. Denn all diejenigen, die nicht die Zeit oder die Bildung haben, sich die neuen Konstruktionen anzueignen, laufen ständig Gefahr, sich schuldig zu machen. Schlimmer noch: Die Akademikerin muss die Friseurin mit Hauptschulabschluss und einem Stundenlohn von sieben Euro ermahnen. Die deutsche Studentin verbietet dem Aktivist aus Afghanistan den Mund.

Diese Ausschlüsse schaffen vor allem eins: eine elitäre Kaste der Eingeweihten. Wie Ayse Arslanoglu im Magazin Hinterland schreibt: »Wo (die Moral) den Konflikt in individuelle Regeln zu bannen oder ihm zuvorzukommen sucht – dieses darf gesagt werden, jenes muss expliziert werden – schafft sie nur Merkaufgaben für Streber_innen, die auf diesem Ticket dann Karriere machen.« ●

Hannah Wettig ist freie Journalistin und berichtet vor allem aus arabischen Ländern.

Zuerst erschienen in ak 577 / 16.11.2012

Wer hat die Definitionsmacht?

Durch die Wahl unserer Worte verändern wir die Realität

Von Sharon Dodua Otoo*

Natürlich haben wir alle die Möglichkeit, unsere Umwelt mit der Sprache zum Positiven zu verändern – wie denn sonst? Sprache inspiriert! Dr. Martin Luther King sagte damals: »I Have a Dream!« Und nicht etwa »Ich habe da so eine vage Idee...«. Mit seiner Rede hat er Milliarden Menschen weltweit erreicht und zum Teil erstmalig glauben lassen, ein Leben ohne Rassismus sei nicht nur erstrebenswert, sondern auch wirklich erreichbar. Und warum sonst achten wir auf Tonfall und Wortwahl, wenn wir uns um eine Arbeitsstelle bewerben? Warum freuen wir uns, wenn wir eine Person kennenlernen, die sich bemüht hat, ein paar Sätze in unserer Muttersprache zu lernen, wenn diese für sie schwierig ist? Wie wir mit unseren Mitmenschen kommunizieren, hat einen großen Einfluss auf das, was um uns herum geschieht.

Sprache ist ein Mittel zum Zweck. Eigentlich ist es unmöglich, unsere unterschiedlichen Realitäten durch Sprache zu erfassen. Diejenigen von uns, die mehr als eine Sprache beherrschen, wissen, dass wir manchmal ein Gefühl, einen Gedanken oder ein Erlebnis besser in einer Sprache ausdrücken können als in der anderen. Manchmal existiert das Wort, das wir brauchen, auch ganz einfach nicht. (1) Vermutlich reden und kommunizieren wir ständig haarscharf aneinander vorbei. Unsere eigentliche Aufgabe wäre

dann, nicht klare Absolute zu verhandeln, sondern geschickt(er) mit den Gegensätzen und Widersprüchen, die zum Alltag gehören, umzugehen – und uns so einer besseren Verständigung anzunähern.

Können Wörter Bewusstsein verändern?

In ihrem Artikel »Nur für Eingeweihte« bezweifelt Hannah Wettig, dass es möglich ist, unser Bewusstsein durch unseren Sprachgebrauch zu ändern. (Siehe Seite 22) Sie schreibt: »Welches Wort ich benutze, ändert nichts, solange sich die Verhältnisse nicht ändern.« Eine solche Behauptung kann nur von einer Person gemacht werden, die sich über ihre Privilegien nicht bewusst ist und der durch die vermeintlich »neutrale« deutsche Sprache nicht täglich Gewalt angetan wird.

Ich rede nicht gern für andere, doch meine Vermutung ist, dass die Eltern eines neugeborenen Babys mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen sich sehr freuen würden, wenn sie auf die begeisterte Frage »Ist es ein Junge oder ein Mädchen?« noch (mindestens) eine weitere Antwort geben könnten, die nicht sofort mit einem Defizit ihres Kindes in Verbindung gebracht würde. Und ich wünsche mir als Cis-Frau, dass ich überhaupt das Wort »Cis« bereits in meiner Kindheit kennengelernt hätte. (2) Mir ist erst seit wenigen Jahren bewusst, dass es Menschen gibt, die sich weder als weiblich noch männlich definieren können oder möchten oder die das ihnen bei der Geburt zugeschriebene Geschlecht nicht als passend empfinden. Durch die Verwendung der dominierenden

Sprache habe ich gelernt, diesen Menschen ihre Existenz abzusprechen – eine gewaltvoller Akt. Intersexbabys werden zwangsoperiert, Transpersonen werden gemobbt, gefoltert, getötet. Ich tue anderen Menschen nicht gern Gewalt an, und ich werde nicht gern dazu manipuliert, mich in eine solche Tradition einzureihen. Sprache macht es mir möglich, die Existenz von Inter- und Transpersonen anzuerkennen, und durch die Verwendung des Gender Gaps (siehe Seite 21) kann ich signalisieren, dass ich mich im Kampf gegen diese Form von Gewalt solidarisch zeigen möchte.

Das Leben für Menschen, die Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt sind, ist ein Minenfeld. Wir machen viel zu oft schmerzhaft, negative Erfahrungen, und noch dazu erkennt die Mehrheitsgesellschaft unser Leid nicht an. Darum entwickeln wir Strategien um festzustellen, ob wir uns in bestimmten Kontexten sicher(er) fühlen können. Ein relativ eindeutiger Indikator ist die verwendete Sprache oder vielmehr die Wortwahl. Wenn im Jahr 2013 in Deutschland eine weiße Person immer noch herkömmliche rassistische Bezeichnungen verwendet, um Menschen afrikanischer Herkunft zu beschreiben (in der Überzeugung, diese Worte seien einfach »neutral«), misst diese Person einem respektvollen Umgang mit den Belangen von Mitgliedern der afrikanischen Community, Menschen afrikanischer Herkunft und anderen People of Color in Deutschland offenbar keine große Bedeutung bei. Das muss natürlich nicht heißen, dass diese Person rechtsradikal ist. Es ist aber wahrscheinlich, dass sie sich nicht sonderlich gründlich mit ihrer Positionierung in einer rassistischen Gesellschaft auseinandergesetzt hat. Diese Person und ich haben folglich eine sehr unterschiedliche Wahrnehmung von den Machtstrukturen in Deutschland und wenige (um nicht zu sagen keine) gemeinsamen Anknüpfungspunkte, um gegen diese anzukämpfen.

Kommunikation ist, was beim Gegenüber ankommt

Es gibt Wörter, die sind einfach verbrannt. Das Wort »Endlösung« etwa

* Vielen Dank an Kathrin Ganz und Dirk Ludwig für ihre Anmerkungen.

können wir nicht mehr verwenden, um zum Beispiel über das Ergebnis einer Rechenaufgabe im Matheunterricht zu sprechen, denn es hat eine grausame Konnotation. Die Intention der Sprechenden Person ist dabei nicht maßgeblich. Andere Wörter, die mit Gewalt, Hass und Verbrechen verknüpft sind, gehören ebenfalls nicht in unserem Wortschatz. Als Amadeu Antonio 1990 in Eberswalde von Rechtsradikalen zu Tode getreten wurde, und als ich im gleichen Jahr an einer Bushaltestelle in Hannover von einem Nazi angeschrien und bedroht wurde, sind dieselben rassistische Bezeichnungen gefallen, über die in Deutschland im Jahr 2013 immer noch hitzig diskutiert wird: Sollen sie wirklich aus Kinderbüchern gestrichen werden?

Vermutlich stößt die Idee einer »politisch korrekten« Sprache im deutschen Mainstream vor allem deshalb auf Unverständnis, weil das Leid, das die dominante Sprache erzeugt (oder an das sie erinnert), nicht an weißen, hetero-cis-männlichen Körpern erfahren wird. Ein verbreitetes Argument gegen »politisch korrekte« Sprache lautet, dass sie Diskriminierung dort entdeckt, wo es sie gar nicht gibt, denn eine Person, die »unkorrekte« Sprache ohne diskriminierende Absicht verwendet, habe ja eigentlich niemanden diskriminiert. Nur weil sie das falsche Wort benutze, gelte sie plötzlich als rassistisch. Indem »Political Correctness« das diskriminierende Sprechen dieser doch eigentlich wohlmeinenden Leute kritisiere, erschwere sie die eigentliche Arbeit gegen Diskriminierung unnötig.

Und dennoch: Anscheinend lässt sich in den Medien über ungleiche Machtverhältnisse selten so kontrovers diskutieren wie bei der Einführung sprachlicher Veränderungen, die eben diese Machtverhältnisse aufbrechen sollen. Als die Universität Leipzig Anfang Juni in ihrer Grundordnung das generische Femininum einführte (also die weibliche Personenbezeichnung »Professorin«, »Wissenschaftlerin«, »Studentin« anstelle der zuvor genutzten Schrägstrichvariante »Professor/Professorin« etc.), war der Aufschrei ebenfalls groß.

Hannah Wettig schreibt weiter: »Ob jemand nun ›Kanaken‹ sagt


Lass
uns
aufhören,
uns am
Duden
festzuklam-
mern!

oder ›Menschen mit Migrationshintergrund‹: Bei dem/der ZuhörerIn entsteht das Bild eines Menschen, der weniger gebildet und weniger erfolgreich ist, im schlimmeren Fall wird auch noch Kriminalität, Frauenfeindlichkeit oder religiöser Fanatismus assoziiert. Keines dieser Vorurteile wird korrigiert, wenn man stattdessen von ›People of Color‹ spricht.« Das klingt so, als würde sie voraussetzen, dass antirassistische Sprache allein dem Zweck dienen soll, weiße Menschen zu sensibilisieren. Das Recht auf Selbstbezeichnung wird dabei völlig außer Acht gelassen.

Eigenbezeichnungen verleihen Stärke

Fremdbezeichnungen sind in der Tat meist negativ konnotiert. Die Verwendung politischer Eigenbezeichnungen hingegen stärkt. Sie zeigen Wege aus der Isolation und Demütigung, und sie weisen auf Verbündete. Ganz abgesehen davon, dass »Menschen mit Migrationshintergrund« und »People of Color« weder die gleiche Konnotation noch die gleiche Bedeutung haben. »Menschen mit Migrationshintergrund« ist ein Euphemismus, der auf der falschen Annahme basiert, man könne einer Person ansehen, ob sie »fremd« ist. Der Begriff stützt den Glauben, »richtige« Deutsche seien weiß. »People of Color« hingegen ist eine politische Selbstbezeichnung, ebenso wie »Schwarz« mit großem »S«.

Diese Selbstbezeichnungen beschreiben eine Positionierung innerhalb einer mehrheitlich weißen Gesellschaft und keine körperlichen Merkmale. Beides sind Versuche, Alltagsrassismus sichtbarer zu machen. Die Betonung liegt auf »Versuch«. Niemand behauptet, dass allein durch die Verwendung einer »korrekten« Sprache, Machtstrukturen aufgelöst werden. Der Vorschlag ist stattdessen, Sprache wie eine Post-it-Note zu verwenden: als ständige Erinnerung daran, dass wir alle die Aufgabe haben, gegen Diskriminierung anzugehen. Und dass wir bei uns selber anfangen müssen.

Welches Vokabular du benutzen möchtest, ist dir überlassen. Wenn es um diskriminierende Sprache gegen marginalisierte Menschen geht,

gibt es ohnehin keinerlei wirksame Sanktionen (auch wenn in dem Zusammenhang ständig von »Zensur« die Rede ist). Dennoch musst auch du akzeptieren, dass du nicht bestimmen kannst, wie ich mich fühlen oder reagieren soll, wenn du diskriminierende Sprache verwendest. Wie Noah Sow mal treffend sagte: Wenn eine Person auf deinem Fuß ein Klavier abstellt, ist es für deinen Schmerz erst mal nicht entscheidend, dass dies versehentlich passiert ist. Nur du hast das Sagen darüber, ob du Schmerzen hast, wie stark sie sind, und wie du sie zum Ausdruck bringst.

Eine wertschätzende, respektvolle Kommunikation erfordert vielleicht Geduld und Durchhaltevermögen. Dennoch sind wir alle erst wirklich handlungsfähig, wenn wir akzeptieren – und in unserer Kommunikation berücksichtigen –, dass Sprache dynamisch ist und sich einer sich wandelnden Realität anpassen sollte.

Unsere Wörter haben das Potenzial, für uns alle befreiend und stärkend zu wirken, anstatt Normen herzustellen bzw. aufrechtzuerhalten, die andere Identitäten negieren oder erniedrigen. Lass uns also aufhören, uns am Duden festzuklammern! Die Definitionsmacht liegt bei uns. Wir können entscheiden, ob wir uns gegenseitig inspirieren wollen oder nicht. Was willst du mit deiner Sprache erreichen? ●

Sharon Dodua Otoo gibt im Verlag *edition assemblage* die Buchreihe »Witnessed« heraus. Sie engagiert sich in der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.

Anmerkungen:

- 1) Eine Sammlung solcher Wörter gibt es auf notherwordstosay.tumblr.com.
- 2) Die Vorsilbe »Cis« weist darauf hin, dass körperliche Geschlechtsmerkmale und Geschlechtsidentität übereinstimmen. Eine »Cis-Frau« wird also von der Gesellschaft als Frau wahrgenommen und fühlt sich selbst auch als solche. Der Begriff »Cisgender« wurde vor etwa 20 Jahren als Gegenbegriff zu »Transgender« eingeführt und soll deutlich machen, dass die Übereinstimmung von körperlichen Geschlechtsmerkmalen und Geschlechtsidentität – anders als oft unterstellt – nicht selbstverständlich ist.



Außerhalb der ak-Debatte der letzten Monate sollen zwei Beiträge ein kontrastierendes Licht auf die hier versammelten Texte werfen.

May Zeidani Yufanyi nimmt in ihrem Artikel, der zuerst in der antirassistischen Zeitschrift ZAG (Heft 61/2012) erschien, die Funktion, die die Konstruktion eines fremden »Anderen« als Gegenbild für die Konstruktion einer universellen weißen Perspektive hat, unter die Lupe. Sie erklärt, warum die eine weiße Geschichte ein so machtvolles Werkzeug der Unterdrückung ist, und fragt nach Gegenstrategien zur Repräsentation von People of Color.

Adolph Reed Jr. nimmt in seinem Text aus dem Jahr 2009 einen anderen Blickwinkel ein. Er wendet sich gegen die Fixierung des (US-)Antirassismus auf Diskurse und Fragen der Repräsentation und fordert, Rassismus wieder stärker als Klassen- und soziale Frage zu begreifen.

Die Schwierigkeiten der Repräsentation

Über die Gefahr der einzigen Geschichte*

Dieser Artikel von May Zeidani Yufanyi beginnt eigentlich mit dem Screenshot einer Twitter-Nachricht: »The word ›white‹ makes some white people cringe because they're used to just being ›people‹. Some of us aren't that lucky. #privilege« (»Das Wort ›weiß‹ lässt weiße Leute manchmal zusammenzucken, weil sie gewohnt sind, einfach nur ›Leute‹ zu sein. Nicht alle von uns haben dieses Glück.«) In ihrem Text erläutert die Autorin, warum die scheinbar universelle weiße Perspektive ein Anderes als Gegenstück benötigt und wie die »einzige Geschichte«, die sie erzählt, durchbrochen werden könnte.

Von May Zeidani Yufanyi

Im Zuge meines Studiums an der Universität bin ich auf eine Reihe von Artikeln und wissenschaftlichen Aufsätzen gestoßen, die den Versuch unternehmen das darzustellen, was die »Dritte Welt« genannt wird. Ob nun ihre Darstellung von einer *anderen* Welt handelte, von Menschen, die in dieser *anderen* Welt leben, von ihrer Kultur oder von Leuten, die aus dieser *anderen* Welt in ihre Welt kamen – es war stets ein Versuch, die *Anderen* zu definieren, die Erzählung einer einzigen Geschichte über das *Anderere*. Diese Definition des Anderen gründet in der europäischen Definition des Selbst als unterschiedlich zu

diesem Anderen – und zwar meistens besser. In diesem Essay werde ich versuchen, die historischen Wurzeln dieses Versuchs und der Art und Weise, wie er in den Prozessen der Kolonialisierung und Beherrschung dieser »anderen Welt« und ihrer Menschen instrumentalisiert wurde, nachzuzeichnen. Ich werde außerdem versuchen, die Gefahr der einzigen Geschichte, wie die Schriftstellerin Chimamanda Adichie sie nennt, und daran anschließend die Macht der vielen Geschichten herauszuarbeiten.

Aber zunächst möchte ich einige Begriffe erläutern, die ich in diesem Text verwende. Die Begriffe »schwarz« und »weiß« verwende ich als politische Positionierungen. Obwohl ich sie als soziale Konstrukte auffasse, muss man ihren großen Einfluss anerkennen. Sie kennzeich-

nen die unterschiedlichen Privilegien und Herrschaftspositionen, gesellschaftliche Diskriminierungserfahrungen und Zugänge zu Ressourcen. Auch die Begriffe »westliche Welt«, »globaler Norden« und »Erste Welt« verstehe ich als Konstrukte mit großem Einfluss auf die soziale Welt und auch, wenn nicht sogar besonders, auf die Welt von Politik und Finanzen. Genau wie »weiß« eine politische Macht-, Privilegien- und Herrschaftsposition ist, sind diese Begriffe Indikatoren von Macht und Herrschaft, mehr noch auf einer internationalen und interkontinentalen als auf individueller oder interkultureller Ebene. Zu guter Letzt verwende ich den Begriff des »Anderen«. Auch er beschreibt ausschließlich ein soziales Konstrukt und schließt keine anderen Werte oder Eigenschaften ein. Aber für die Definition und Identifikation des Selbst und des Wir in der westlichen Welt ist er äußerst wirkmächtig. Das Andere ist relativ, sein Platz kann von jeder Minderheit eingenommen werden, die die politische Mode gerade als Gegenbild zum Selbst identifiziert: Mal sind es die Jüdinnen und Juden, mal die AfrikanerInnen, die Frauen oder die Queers.

Die »Anderen« in Religion und Wissenschaft

Die Bewegung von der Religion zur Wissenschaft während der »europäischen Aufklärung« machte einen anderen Ansatz in der Definition der Anderen notwendig. Der Einsatz wissenschaftlicher Methoden bei der Entwicklung der Rassentheorie ist bekannt. Die Biologie half dabei, die Minderwertigkeit der nichteuropäischen Menschen zu erklären, ebenso die der Jüdinnen und Juden und der Roma; sie begründete die Minderwertigkeit von Frauen und die Illegitimität alternativer Geschlechtskonstruktionen. Die anti-jüdischen Einstellungen zum Beispiel hatten ihre Wurzeln zunächst in der Geschichte des Todes Christi. Diese Erklärung verwandelte sich in die Rassentheorien des 19. und 20. Jahrhunderts, die die biologische Minderwertigkeit und moralische Korruption der jüdischen »Rasse« behaupten. Für diesen Wandel von einer christlich-theologischen zu ei-



Wie und wann eine Geschichte erzählt wird, wer sie erzählt, wie viele Geschichten erzählt werden, das alles hängt von Macht ab.

ner biologisch-wissenschaftlichen Erklärung für rassistische Handlungen und Abgrenzung (1) gibt es zahlreiche Beispiele, etwa bei der Legitimierung der Massenmorde in Nord-, Mittel- und Südamerika oder bei der Unterdrückung von Frauen.

Essenzialisierende Bilder und kultureller Rassismus

Aber die Biologie war nicht die einzige Wissenschaft, die zur Entschuldigung der Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung der Anderen genutzt wurde. Auch die Geografie hat sich an der Reproduktion des essenzialistischen Bildes des Orients und des Exotischen mitschuldig gemacht. Aufgrund ihrer herkömmlichen Methoden, weiträumige Natur- und Kulturlandschaften zu beschreiben, trägt sie dazu bei, das essenzialistische Bild eines Anderen zu reproduzieren.

Mit dem Anstieg und der wachsenden Bedeutung der Migration von People of Color in den europäischen Kontinent wurde auch die Soziologie zur Verbreitung essenzialistischer Sichtweisen auf die Anderen benutzt. Anstatt ein breites Spektrum sozialer, ökonomischer und historischer Prozesse in ihre Analyse einzubeziehen, betonten die neuen Konzepte, mit denen die Anderen beschrieben wurden, die kulturellen Aspekte als Schlüssel zum Verständnis sozialer und politischer Phänomene. Stuart Hall und Etienne Balibar haben dieses Vorgehen als kulturalistisch bzw. als kulturellen Rassismus bezeichnet. Diese Konzepte verstehen Kultur als etwas Statisches und Unveränderliches, statt als eine Entwicklung quer durch die Geschichte, die von internationalen und lokalen Bewegungen von Menschen, Gütern und Kulturen erschaffen wurde und immer noch wird.

Der Kulturbegriff wurde so stark verdinglicht und essenzialisiert, dass er zu einem Äquivalent des Rassebegriffs der Rassentheorien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurde. Darüber hinaus wurzelt die Konstruktion des Westlichen als Gegensatz zum Östlichen in der Überzeugung, dass diese Einheiten homogene Gebilde seien, was nur funktioniert, wenn sie als wechsel-

seitige Widersprüche aufgefasst werden. Diese Sichtweise einer bipolaren Welt wird gewöhnlich von der Zuschreibung begleitet, dass der Westen frei, demokratisch, aufgeklärt und entwickelt sei, womit die *andere* Welt dann notwendig rückständig, unterentwickelt, unfortschrittlich, irrational und gewalttätig ist. Das Problem besteht darin, dass wissenschaftliche Erzählungen stets analytische Alleinherrschaft beanspruchen und keine anderen Erzählungen neben sich dulden

Die Macht der einzigen Geschichte

In ihrer Rede für die TEDGlobal-Konferenz 2009 (2) spricht Chimamanda Adichie über die Gefahr der einzigen Geschichte. Sie macht deutlich, wie beeindruckbar und verletzlich wir gegenüber einer Geschichte sind. Wenn wir nur einer einzigen Erzählung ausgesetzt sind, wird unsere Position gegenüber dem Gegenstand dieser Geschichte notwendigerweise von dieser Geschichte beeinflusst. In solchen einzigen Erzählungen über die Anderen gibt es keine Möglichkeiten, dass sie »uns« ähneln, keine Möglichkeit für Gefühle, die komplexer sind als Mitleid, Furcht oder Ekel, »keine Möglichkeit für eine Beziehung als gleichberechtigte Menschen«, wie Chimamanda Adichie es formuliert.

Eine Erhebung über häusliche Gewalt in der türkischen Gemeinschaft Deutschlands zum Beispiel wird als Beschreibung aller türkischen Familien als patriarchal und gewalttätig gelesen werden. Selbst wenn eine solche Untersuchung darauf zielt, wichtige soziale Probleme und Ungleichheiten anzuschneiden, reproduziert sie im Ergebnis ein essenzialistisches Bildes der Anderen, sie reproduziert die einzige Geschichte über diese Anderen.

Das Erzählen einziger Geschichten über das Andere als Negativ zum Eigenen hat eine lange und anerkannte Tradition in der westlichen Literatur und Geschichte. Man reduziere »ein Volk, eine Gruppe Menschen auf eine Eigenschaft, und nur auf diese eine Eigenschaft, immer und immer wieder, dann ist es das, was sie werden« (Adichie). Es ist unmöglich über die einzige Geschichte

zu sprechen, ohne über Macht zu sprechen. Geschichten werden durch Machtprinzipien definiert. Wie sie erzählt werden, wer sie erzählt, wann sie erzählt werden, wie viele Geschichten erzählt werden, hängt von Macht ab. »Macht ist die Fähigkeit, die Geschichte einer anderen Person nicht nur zu erzählen, sondern sie zur maßgeblichen Geschichte dieser Person zu machen.« (Adichie)

Chimamanda Adichie zeigt auch, wie eine Auswahl wahrer Tatsachen genutzt werden kann, um eine irreführende Geschichte zu erzählen: »Die einzige Geschichte erschafft Stereotypen, und das Problem an diesen Stereotypen ist nicht, dass sie unwahr, sondern dass sie unvollständig sind.« Sie zitiert den palästinensischen Dichter Mourid Barghouti, »dass der einfachste Weg, ein Volk zu enteignen, darin besteht, seine Geschichte zu erzählen und mit ›zweitens‹ zu beginnen. Beginnt man die Geschichte der Ureinwohner Amerikas mit den Pfeilen und nicht mit der Ankunft der Briten, erzählt man eine ganz andere Geschichte. Beginnt man die Geschichte mit dem Scheitern der afrikanischen Staaten und nicht mit der Errichtung der afrikanischen Staaten durch Kolonisierung, erzählt man eine völlig andere Geschichte.« Wenn die Geschichte mit der aggressiven Reaktion der Anderen beginnt, statt mit der ersten aggressiven Aktion des weißen Wir, dann sieht die Geschichte anders aus – und nicht zufällig, sondern aufgrund gewollter Entscheidung.

Aufgrund der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Macht des Westens haben wir viele Geschichten der weißen Gesellschaft. Der Gegensatz zur einzigen Geschichte (über die Anderen) liegt also in der vielfachen Geschichte und den detaillierten Beschreibungen der weißen Gesellschaft, wie sie in den Medien repräsentiert sind, auch in den Medien des afrikanischen oder des lateinamerikanischen Kontinents. Die zahlreichen Geschichten der westlichen Gesellschaft werden überall dargestellt. Einen Fall von Kindesmissbrauch in einem kleinen Dorf in



Weißsein bedeutet, dem Rassismus aus dem Weg zu gehen.

Süddeutschland wird man nie als Beschreibung der weißen Gesellschaft verstehen.

Her mit dem Gleichgewicht der Geschichten

»Die Folge der einzigen Geschichte«, schreibt Chimamanda Adichie, »ist diese: Sie beraubt die Menschen ihrer Würde. Sie erschwert es uns, unsere Gleichheit als Menschen zu erkennen. Sie lenkt den Blick auf die Unterschiede zwischen uns, statt auf die Gemeinsamkeiten.« Deshalb ist die Lösung das, was der Autor Chinua Achebe ein Gleichgewicht der Geschichten nannte. Es geht nicht darum, die aktuelle Darstellung der weißen Gesellschaft zu reduzieren (obwohl eine Begrenzung der Sendezeit, die sie erhält, helfen könnte), sondern darum, dass es mehr Erzählungen geben muss, die People of Color und ihre Geschichten darstellen. Aber es kommt auch darauf an, wer die Geschichte erzählt. Die Geschichte der Anderen stellvertretend für sie zu erzählen, löst das Problem nicht, denn es schreibt sie auf die Position der Anderen fest. Stattdessen müssen diejenigen, die als die Anderen wahr-

genommen werden, den Raum erhalten, ihre eigenen Geschichten zu erzählen.

Im Rahmen wissenschaftlicher Arbeiten hätte dies bedeuten können, dass weiße WissenschaftlerInnen nicht über Gesellschaften schreiben können, in denen sie nicht aufgewachsen sind. Im Lichte der rassistischen Geschichte der akademischen Welt bietet die Perspektive von Critical Whiteness eine etwas andere Lösung an. Sie schlägt vor, nicht nur die Orte zu erforschen und zu untersuchen, an denen die Andere ihrer Privilegien beraubt wird (und auf diese Weise den Versuch zu unternehmen, ihre Geschichte zu erzählen), sondern die eigenen privilegierten Positionen in der Gesellschaft in Relation zu den Unterdrückten in den Blick zu nehmen. Es kommt darauf an, wer spricht, aus welcher Position diese Person spricht, über welche und über wessen Angelegenheiten und mit welcher Motivation.

Critical Whiteness fasst Weißsein als ein soziales Konstrukt auf und als ein unsichtbares Konzept des Selbst und seiner Identität; es ist die Erfahrung, »neutral« und die Norm zu sein, während Schwarzsein immer das Andere ist. Außerdem bedeutet es, dass Weißsein mit Kompetenz assoziiert wird. Weiße können jeden beraten, während Schwarze nur zur Beratung von Schwarzen herangezogen werden. Weißsein bedeutet, dass man die eigene Aufdringlichkeit übersehen kann und sie nicht reflektieren muss, etwa bei den berüchtigten Fragen »Woher kommst du?« oder »Warum bist du hierher gekommen?«, ohne die doppelte Bedeutung zu erkennen, die ihnen innewohnt. So sehr es bedeutet, die eigenen rassistischen Handlungen nicht wahrzunehmen, so sehr bedeutet es, sich des Schadens nicht bewusst zu sein, den sie verursachen können, und sich vor ihrer Bedrohung sicher zu fühlen. Weißsein bedeutet, dem Problem rassistischer Diskriminierung aus dem Weg zu gehen. Wie Chimamanda Adichie auch herausarbeitet, bedeutet Weißsein, in allen seinen Facetten dargestellt zu werden, es bedeutet, dass mehrere Geschichten über

Literatur:

- Sybillie Bauriedl: *Der ›Orient‹ als Raumkonstruktion der Geographie*. In: Iman Attia (Hg.): *Orient- und IslamBilder. Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischem Rassismus*, Münster 2007.
- Henry Louis Gates Jr.: *Editor's Introduction: Writing »Race« and the Difference It Makes*. *Critical Inquiry*, Vol. 12 (1/1985), Chicago 1985.
- Andreas Wimmer: *Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft: Jenseits des Herder'schen Commonsense*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 48/2008*.
- Mitja Sabine Lück: *Critical Whiteness – die kritische Reflexion weißer Privilegien als Chance für transkulturelle Teams im Frauenhauskontext (publiziert auf www.frauenhaus-hannover.org)*, 2011.
- Maisha Eggers u.a.: *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster 2005.
- Yasemin Shooman: *Was ist Antimuslimischer Rassismus? [dí.wán] Heft 10/ 2010, diwan-berlin.de/zeitschrift/?p=819*.
- Chimamanda Adichie: *The Danger of the Single Story*. Recorded at TEDGlobal, July 2009, blog.ted.com/2009/10/07/the_danger_of_a.

einen und für einen erzählt werden. Es bedeutet, überall repräsentiert zu werden und in all seiner Verschiedenartigkeit.

Eine Reflexion weißer Privilegien ist nötig

Es ist wichtig in Erinnerung zu behalten, dass Weißsein keine Anschuldigung ist. Es ist die Verortung des Selbst innerhalb eines politischen und geschichtlichen Kontexts und sollte nicht zu irgendeiner Art von Schuldgefühl oder Bedauern führen. Die Verarbeitung des eigenen Weißseins sollte deshalb mit etwas Abstand passieren. Kritik anzunehmen, wenn man mit den eigenen rassistischen Gedanken und Handlungen konfrontiert wird, bedeutet nicht, ein Verbrechen zu gestehen, sondern eher den Versuch, eines zu vermeiden. Dieses Verständnis der eigenen Positionierung sollte zum Ausgangspunkt jeder Diskussion genommen werden, ob wissenschaftlich oder nicht.

Die Politik der Verortung hat ihre Macht: Die eigene Verortung in den Machtstrukturen der rassistischen Gesellschaft zu erkennen und dingfest zu machen, ist ein wichtiger Schritt zu einer Reflexion der eigenen Privilegien. Es ist wichtig anzuerkennen, dass die eigenen Privilegien und Deutungen weiß sind. Doch auch die Auseinandersetzung mit den eigenen Privilegien macht diese nicht zunichte. Man kann sie nicht vertreiben, indem man über sie spricht. Man muss auch die Grenzen seiner eigenen Erfahrungen und Sichtweisen kennen, die eigene Unsicherheit anerkennen und das eigene Unwissen eingestehen. Zu verstehen, dass die Betrachtung von Dingen aus einer weißen Perspektive nur eine der vielen bestehenden Sichtweisen und keine universelle ist, bedeutet zu versuchen, eine universelle und dominante Analyse zu vermeiden. Zu guter Letzt sollte das Misstrauen Schwarzer Weißen gegenüber akzeptiert und respektiert werden. Die Geschichte lehrt uns viele Dinge, und diese Lehren im Namen des Humanismus, der schon oft in der Vergangenheit gescheitert ist, zu ignorieren, wäre tollkühn. ●

May Zeidani Yufanyi ist Sprecherin der Plattform der MigrantInnen und Flüchtlinge Berlin. Sie studiert Sozialwissenschaften an der Humboldt Universität zu Berlin und schreibt ihre MA-Arbeit über palästinensische Frauen in Israel.

Aus dem Englischen von Daniel Kumitz.

**Dieser redaktionell leicht bearbeitete Artikel erschien zuerst in der antirassistischen Zeitschrift ZAG (Ausgabe 61/2012).*

Anmerkungen:

1) »Othering« (im Original) ist als Fachausdruck für die Konstruktion des Fremden als Gegenbild zum Zweck der Konstruktion des Selbst in der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Debatte mittlerweile gesetzt; der Ausdruck »Abgrenzung« trifft es aber in diesem Kontext ausreichend.

2) Die jährliche TED-Konferenz in Kalifornien ist eine Art Think Tank der technischen, wissenschaftlichen und kommerziellen Elite der westlichen Welt. Der Kern der Konferenz sind Kurzvorträge von 20 Minuten, die anschließend als Videos ins Netz gestellt werden. Seit einigen Jahren hat die TED-Konferenz ihr Angebot erweitert und hält nun auch themen- oder regionalspezifische Konferenzen außerhalb der USA ab, etwa die jährliche TEDGlobal-Konferenz. Der Vortrag »The danger of a single story« von Chimamanda Adichie ist ebenfalls online verfügbar: blog.ted.com/2009/10/07/the_danger_of_a.

Die Grenzen des Antirassismus

Der antirassistische Diskurs ist mit neoliberalen Gleichheitsbildern kompatibel

Der nachfolgende Text des US-Politikwissenschaftlers Adolph Reed Jr. aus dem Left Business Observer Nr. 121 von September 2009 setzt sich polemisch mit einer Spielart des US-Antirassismus auseinander. Als kontrastierendes Licht ist der Beitrag auch für die hiesige Auseinandersetzung hilfreich.

Von Adolph Reed Jr.

Der gegenwärtige Diskurs über »Antirassismus« konzentriert sich sehr viel stärker auf eine Klassifikationslehre denn auf Politik. Er betont den Begriff, mit dem wir einige Arten der Ungleichheit benennen sollen, und vernachlässigt darüber, genau die Mechanismen zu benennen, die ihn produzieren, oder gar die Schritte aufzuzeigen, die unternommen werden können, um Rassismus zu bekämpfen.

Weder »Rassismus überwinden« noch »Weiß sein ablehnen« kann als ein solcher Schritt zur Beendigung von Rassismus angesehen werden, genauso wenig, wie auf die »Revolution« zu warten oder Gottes Intervention aus dem Himmel herbeizusehen. Wenn eine Antirassismuskundgebung heutzutage eine substantziellere politische Handlung zu sein scheint als ein öffentliches Gebet für den Weltfrieden, dann nur

deshalb, weil sich die antirassistischen AktivistInnen unserer Zeit selbst hinsichtlich der eingesetzten Taktik und der politischen Ziele in der Tradition ihrer VorgängerInnen aus den bewegten Zeiten des Kampfs gegen rassistische Segregation sehen.

Diese Sicht ist allerdings falsch. Der Nachkriegsaktivismus, der seinen Höhepunkt im Süden in der »Bürgerrechtsbewegung« erreichte, war keine Bewegung gegen einen allgemein verstandenen »Rassismus«. Er war konkret und ausdrücklich auf die Erlangung voller Bürgerrechte für schwarze AmerikanerInnen und gegen das System der rassistischen Segregation gerichtet.

Moralischer Antirassismus fürs gute Gefühl

Die Bewegung des Marsches auf Washington in den 1940er Jahren richtete sich gegen genau definierte Missstände wie die Einstellungsdiskriminierung in der Verteidigungsindustrie. Die Kämpfe in der (Post-) Black-Power-Ära richteten sich in ähnlicher Weise gegen bestimmte

Ungleichheiten und versuchten, konkrete Ziele wie die Ausübung des Wahlrechtes und bestimmte Umverteilungsprogramme zu erreichen. Ob man diese Ziele nun als erstrebenswert oder angemessen ansieht oder nicht, sie waren zumindest klar und strategisch, während »Antirassismus« dies nicht ist. Sicherlich beriefen sich diese früheren Kämpfe auf einen Diskurs der »rassistischen« Gleichheit. Ihre Ziele aber waren konkret.

Viel zu oft ist »Rassismus« Inhalt von Sätzen, die eine intentionale Aktivität implizieren, oder er wird als eine autonome »Kraft« beschrieben. In diesen Formulierungen wird die konzeptionelle Abstraktion »Rassismus« als eine materielle Entität imaginiert. Abstraktionen können nützlich sein, aber es sollte ihnen kein Eigenleben verliehen werden.

Ich kann solche Formulierungen als kurzlebige politische Rhetorik gutheißen. Sie sind übertriebene Forderungen, die erhoben werden, um Aufmerksamkeit zu wecken und die öffentliche Meinung gegen einen bestimmten Fall von Ungerechtigkeit zu mobilisieren. Aber als Grundlage für eine Interpretation des Sozialen, und insbesondere als eine Interpretation, die auf strategische politische Handlung abzielt, sind sie unbrauchbar. Ihre hauptsächliche Funktion ist es, denen, die diese Forderungen äußern, ein gutes Gefühl zu verschaffen, weil sie sich im Recht wähnen können.

Ja, Rassismus existiert als konzeptionelle Verdichtung von Praktiken und Ideen, die eine Hierarchie entlang von »Rassen« reproduzieren oder zu reproduzieren versuchen. Auch besteht er in all seinen verschiedenen, oft unzusammenhängenden Arten der sozialen Beziehungen und »Einstellungen« fort, die üblicherweise unter dieser Rubrik gefasst werden. Aber von einem Standpunkt aus, der versucht herauszufinden, wie man das bekämpft, was die meisten von uns als rassistische Ungleichheit ansehen würden, kann man sich von diesem Eingeständnis nichts kaufen. Es führt zu keiner bestimmten Handlung, nur zu noch mehr klassifikatorischen Erörterungen über die Frage, was als Rassismus zählen soll.



Es ist politisch effektiver, Ungerechtigkeit und Ungleichheit direkt zu bekämpfen ...

Wir sind in einer Zwickmühle. In der Logik des Antirassismus führt das Offenlegen eines rassistischen Elementes bei einem Fehlverhalten zum Erkennen von Ungerechtigkeit, was wiederum zu Handlungen führt, die dieses Fehlverhalten zu korrigieren suchen. Allerdings scheint sich niemand großartig darum zu kümmern, wie dieser Prozess genau funktionieren soll. Ich vermute, das liegt am Fokus auf dem Offenlegungsschritt, der sich so rechtschaffen und dabei bedingungslos korrekt anfühlt. Aber diese Offenlegung überzeugt nur diejenigen, die schon zur Einsicht bereit sind.

Diejenigen, auf die das nicht zutrifft, haben vielfache Schichten wirrer Ideologie zur Verfügung, vor allem die Strategie des blaming the victim (das Opfer zum Täter machen), mit welchem sie leugnen, dass eine existierende Ungleichheit auf Rassismus beruht oder gar ungerecht ist. Die Reaktion der Simi-Valley-Jury, die sich das Rodney-King-Video angesehen hatte und King als Angreifer und die Polizisten als Opfer ausmachte, ist ein klassisches Beispiel. (1)

Racial Democracy statt sozialer Demokratie?

Ein anderes Beispiel ist der Diskurs über die »Unterklasse«. Dass Menschen durch die Subprime-Hypotheken-Betrügereien geschädigt wurden, kann und wird oft als die Schuld unverantwortlicher armer Menschen abgetan, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten. Und es gibt keinen Mangel an schwarzen Menschen im öffentlichen Leben – Bill Cosby, Oprah Winfrey und Barack Obama sind drei prominente Beispiele –, die diese Erzählungen vom unberechenbaren und selbstzerstörerischen Verhalten der armen schwarzen Bevölkerung bereitwillig annehmen und weiterverbreiten.

Wie kann dieses vereinfachende Narrativ von »Rassismus« erklären, dass so viele schwarze Institutionen, Kirchen, einige antirassistische Interessenvertretungen und viele, viele schwarze Menschen aktiv diese riskanten Hypotheken bewarben mit dem Argument, den »Amerikanischen Traum« des eigenen Hauses auch für »uns« möglich zu machen?

Mein Punkt ist: Es ist politisch effektiver, die Ungerechtigkeit und Ungleichheit direkt zu bekämpfen und die Debatte darüber, ob es Rassismus genannt werden sollte, zu umgehen.

Mir ist bewusst, dass es auf Grund der Siege, die die Bürgerrechtsbewegung errungen hat, starke praktische Imperative gibt, die verletzenden rassistischen Aspekte der Ungleichheit zu betonen. Denn dies hat rechtliche Implikationen. »Race« ist eine der juristischen Klassifikationen, die von Antidiskriminierungsgesetzen geschützt werden, während beispielsweise Armut dies nicht ist.

Aber das führt dazu, dass die Identifizierung von Rassismus ein rein technisches Unterfangen zur strafrechtlichen Verfolgung von Missständen wird. Sie ist nicht länger die Grundlage einer umfassenden politischen Strategie, um Rassismus zu überwinden, oder, um es mit deutlicheren Worten zu formulieren, um »rassistische« Gleichheit als einen integralen Bestandteil eines Programms zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.

Ich war erstaunt über den Grad des eingefleischten und scharfen Anti-Marxismus seitens der VerteidigerInnen dieser Form des Antirassismus. Dies verstärkt nur meine Skepsis gegenüber einem Antirassismus, der sich nahtlos in den neoliberalen Diskurs über »Reform« einreihet. Ich vermute auch, dass die abfälligen Bemerkungen über Radikalismus teilweise in der Überzeugung begründet liegen, dass eine linke Politik, die die Klassenanalyse nutzt, und eine, die sich auf rassistische Ungerechtigkeit konzentriert, sich ausschließende Alternativen seien.

Diese Vorstellung von den sich gegenseitig ausschließenden Polen Klassenanalyse versus Rassenanalyse ist teilweise ein Überbleibsel der Begriffe, mit denen die Bürgerrechtsbewegung ihre Erfolge durchsetzte.

Wie ich schon andeutete, setzte politischer Druck von verschiedenen Seiten – etwa das Zuckerbrot des Erfolgs und die Peitsche der Einschüchterung und der politischen Hexenjagd, aber auch Klassenspan-

nungen innerhalb der Bürgerrechtsbewegung selbst – eine Entwicklung in Gang, die eine Reformulierung der Ziele der Bewegung bewirkte, die schließlich immer mehr mit dem Post-New-Deal und Kalten-Kriegs-Liberalismus der Nachkriegszeit übereinstimmten. Das, was der Politikwissenschaftler Preston Smith »racial democracy« genannt hat, ersetzte nach und nach soziale Demokratie als politisches Ziel.

Klassenwidersprüche? Das kommt später.

Die Behebung von Missständen, die auf Rassismus zurückgeführt werden konnten, erhielt Vorrang vor der Umverteilung von Reichtum; eine individualisierende Psychologie ersetzte Vorstellungen, die materielle Bedingungen umgestalten wollten. Diese Dynamik intensivierte sich in Kombination mit der allgemeinen Auflösung schwarzer Politik und dem Aufkommen einer schwarzen politischen Klasse in den 1970er und 1980er Jahren.

Wir leben jetzt unter einem Regime, das fähig ist, schwarze Menschen und Latinos zu integrieren und diese Integration sogar als Erfüllung der Demokratie zu feiern, während sie gleichzeitig Arme ausschließt, ohne mit der Wimper zu zucken. Selbstverständlich sind diejenigen, die innerhalb der ausgeschlossenen Klasse am sichtbarsten sind, überproportional Schwarze und Latinos, was dieses Abfeiern ad absurdum führt. Oder vielleicht doch nicht?

Vom Standpunkt eines neoliberalen Ideals von Gleichheit, demzufolge weder »race«, Geschlecht, sexuelle Orientierung noch irgendein anderer zugeschriebener Status die Teilhabe und Bestrebungen des Einzelnen an und in der Gesellschaft explizit, intrinsisch oder notwendig begrenzt, ist diese Zelebrierung der Integration von Schwarzen, Latinos und anderen nämlich gerechtfertigt.

Aber eine solche Vorstellung von Demokratie ist unzureichend. Sie thematisiert nicht die tiefen und sich vertiefenden Muster der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die in der betont »neutralen« Dynamik des US-Kapitalismus eingelassen sind. A. Philip Randolph und andere



... und die
Debatte
darüber,
ob es Ras-
sismus
genannt
werden
sollte, zu
umgehen.

– selbst AntikommunistInnen wie Roy Wilkins – haben in den 1940er Jahren in Bezug auf Rassismus verstanden, dass, solange diese Dynamiken unhinterfragt anhalten, Schwarze und andere stigmatisierte Bevölkerungsgruppen bei der Verteilung von finanziellen Vorteilen und Vergünstigungen benachteiligt sein würden. (2)

Dies scheinen mir wichtige Punkte zu sein, aber vielleicht geht es nur mir so. Ich wundere mich darüber, warum die Debatte über Antirassismus solche indirekten und ausweichenden Formen annimmt – wie etwa die Analogisierung und die Schuld durch Assoziation, moralisierende Kritik anstatt konkreter Argumente – und warum in dieser Debatte an der Trennung von race versus Klasse festgehalten wird, auch wenn dies geleugnet wird.

Ich bin immer mehr davon überzeugt, dass ein möglicher Grund dafür ist, dass die »race«-Position selbst eine Klassenposition ist, eine, die mit der neoliberalen Umdeutung von Gleichheit und Demokratie vollständig vereinbar ist. Es spiegelt die soziale Position derjenigen wider, die von der Sicht profitieren, dass der Markt ein gerechtes, effektives oder sogar akzeptables System ist, welches Talent und Strebsamkeit belohnt, während es diejenigen, die dies nicht haben, bestraft. Deshalb trage eine Beseitigung »künstlicher« Hindernisse wie »race« oder Geschlecht dazu bei, dieses System effektiver und gerechter zu machen.

Aus dieser Perspektive erscheint die »linke« antirassistische Position, nach der wir sowohl ökonomische als auch rassistische Ungleichheit bekämpfen müssen, die in der Praxis immer dem »Kampf gegen Rassismus« den Vorzug zu geben scheint (oftmals konzeptionalisiert als notwendige Voraussetzung für alles andere), als lediglich andere Umschreibung eines »Darum-kümmern-wir-uns-später«-Prinzips (nachdem wir all das unternehmerfreundliche Zeug erledigt haben). Es ist ein Politikstil, den die US-DemokratInnen sehr erfolgreich benutzt haben, um ökonomische Ungleichheit nicht thematisieren zu müssen. ●

Adolph Reed Jr. ist Professor für Politikwissenschaft an der University of Pennsylvania.

Übersetzung: Philipp Dorestal

Zuerst erschienen in 545 / 18.12.2009

Anmerkungen:

1) Der schwarze Amerikaner Rodney King wurde am 3. März 1991 in Los Angeles bei einer Verkehrskontrolle von vier Polizisten minutenlang mit Schlagstöcken brutal zusammengeschlagen, was ein Amateurfilmer auf Video aufnahm. Im April 1992 wurden alle vier angeklagten Polizisten freigesprochen. Der Freispruch löste massive Ausschreitungen in Los Angeles aus.

2) A. Philip Randolph war Präsident der Bahnarbeitergewerkschaft Brotherhood of Sleeping Car Porters und Hauptorganisator der Marsch-auf-Washington-Bewegung. Roy Wilkins war in der Nachkriegszeit lange Vorsitzender der Bürgerrechtsorganisation National Association for the Advancement of Colored People (NAACP).

ITICAL. WHEN
THEYNESS C
RITICAL. W
ESS CRITIC

THE FEMINIST CRITICAL
THE FEMINIST CRITICAL
THE FEMINIST CRITICAL
THE FEMINIST CRITICAL